

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis...
Einzeln...
Ausland...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen...

Redaktions-Kasse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 21. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Albert Thomas gegen das deutsche Memorandum.

Deutsch-französische Meinungsverschiedenheit.

Stockholm, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts“.) Der französische Munitionsminister Albert Thomas äußert sich im hiesigen „Sozialdemokraten“ über das Memorandum der deutschen Delegation in einem längeren Artikel, in dem er in der Hauptsache folgendes ausführt:

„Das Schriftstück der deutschen Sozialdemokratie kann ich nicht unbeantwortet lassen und ich glaube, daß mein persönlicher Eindruck von der Mehrheit meiner Freunde geteilt wird. Bei der Lektüre dieses Manifestes war ich bestürzt und über die Friedensaussichten sehr beunruhigt.“

Ich hatte oft bei früheren Kongressen, und auch während des Krieges, den Eindruck, daß die Denkart der deutschen Sozialdemokraten von der unsrigen verschieden ist; aber niemals hätte ich gedacht, daß die Verleugnung der gemeinsamen Prinzipien in so scharfes Licht geraten würde. Ich anerkenne den guten Willen der Deutschen und den Umstand, daß sie jetzt Dinge akzeptieren, denen gegenüber sie sich früher zurückhaltend verhielten, wie die Schiedsgerichte und die Kontrolle der Diplomatie. Dazu ist aber notwendig, daß sie selbst eine wirksame konstitutionelle Regierungsform einführen. Wir lassen uns nicht mehr mit Phrasen abspießen. Ich anerkenne, daß bei ihnen guter Wille vorhanden ist, und gehöre nicht zu denjenigen, die bei den Deutschen an ein abgekartetes Regimentsmandat glauben. Uebrigens ist das Auftreten der deutschen Sozialdemokraten ihrer Regierung und den Alldeutschen gegenüber sehr bescheiden. Ihre Forderung bezüglich der Freiheit der Meere und des Verbots bestimmter Kriegsmittel ist weniger dem internationalen Rechtsgefühl entsprungen, als der Enttäuschung über das Versagen deutscher Weltbeherrschungspläne. Im Memorandum findet man keinen Protest gegen die Anwendung solcher Kriegsmittel durch Deutschland selbst, ja sogar die Kriegführung in Belgien und Frankreich findet hier eine Rechtfertigung.

Wenn die Deutschen mit einem gewissen Recht unsere Maßnahmen für einen künftigen ökonomischen Kampf, der unter Umständen schwerer als die Befestigung eines Territoriums wirken kann, kritisieren, so sollte Deutschland auf der anderen Seite gleichfalls Garantien gegen skrupellose Handelsmethoden geben. Bezüglich der russischen Friedensformel sage ich: Auch die Deutschen verlangen einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Das beweist, wie gerechtfertigt unsere Forderung an die Russen war, ihre Friedensformel genauer zu präzisieren. Damit haben die Russen begonnen, wenngleich noch Unklarheiten bestehen bleiben. Was die Deutschen uns vorschlagen, das ist der Stand wie vor dem Kriege, modifiziert durch die Kriegskarte. Welche sonderbare Theorie ist es, daß eine Frage des nationalen Rechts erst durch militärische Operationen aktuell wird? Welche sonderbare Unterscheidung ist es zwischen den deutschen Kolonien, die völlig zurückverlangt werden, und den höher zivilisierten Ländern, wie Tibet, Karakorum usw., wo der Krieg keine militärischen Veränderungen hervorbrachte? Die deutsche Mehrheit will also offenbar nicht zurückgeben, was Deutschland genommen hat, zweitens will sie, daß Deutschland zurückbekomme, was es im Kriege verloren hat; drittens will sie okkupierte Länder wie Polen und sogar nicht okkupierte Länder losreißen.

Man ist über soviel unbewussten Imperialismus bestürzt. Aber die Zentralfrage ist die Selbstbestimmung der Völker, wofür den Deutschen das Verständnis anscheinend fehlt. Man fragt uns, ob wir wegen Elsass-Lothringens das Kriegsende verzögern und den Dauerfrieden opfern wollen. Das beweist, daß man unseren Standpunkt nicht versteht. Wenn die Sozialisten und Demokraten in der ganzen Welt dieser Frage nicht gleichgültig gegenüberstehen, so darum, weil sie das Prinzip der Selbstbestimmung in schärfster Form aufgestellt haben. Die Behandlung der elsassischen wie der polnischen Frage zeigt, wie sehr die deutsche Sozialdemokratie im preußischen Militarismus befangen ist und alle seine Argumente benutzt, da sie in der elsassischen Frage Bismarcks Rassen- und Sprachenprinzip und die Gewalt an die Stelle des Freiheitsprinzips setzt.

Es folgen längere Ausführungen über die Frage von Elsass-Lothringen mit Verufung auf die Haltung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870.

Was Polen betrifft, so verlangt die deutsche Mehrheit nur die Selbständigkeit des russischen Teils und begreift nicht, was nationales Recht ist. Sicherlich müssen auch die Alliierten ihre alten Heberlieferungen revidieren. Ereignisse wie die russische Revolution und der Eintritt Nordamerikas in den Krieg legen ihnen die Pflicht zur genaueren Durchsicht ihrer Kriegsziele auf. Aber die Alliierten verstehen auch, daß solche im Geiste der Freiheit vollzogenen Revisionen ihre Sache nur stärken können. Dieser Prozeß kann durch die von der deutschen

Reinheit eröffnete Aussicht auf Grenzberichtigungen nicht getrübt werden.

Beil es notwendig ist, die Welt darüber aufzuklären, wo das Recht liegt, ist es unmöglich, auf eine internationale Konferenz zu gehen, ohne daß die Schuldfrage vorgelegt wird. Die Deutschen berufen sich auf die Pflicht der Landesverteidigung; aber die Internationale hat ihnen die Pflicht auferlegt, die Kriegursachen zu untersuchen und ihre Regierung, die den Angriff unternommen hatte, zu beseitigen. Die Deutschen glauben an eine Abrüstung der Herzen und der Gewissen und an einen Friedenslag unter dem Druck der alten sozialistischen Ideen und der Liebe der Völker zum Frieden. Aber keine andere Versöhnung ist möglich, als durch die Annahme des allgemeinen Rechtsprinzips. Es gibt für die Entente keinen Frieden als den Rechtsfrieden.

Nach den deutschen Erklärungen habe ich meinen Zweifel, ob es einen Sinn hat, zur Konferenz zu gehen. Aber es ist unsere Pflicht, unseren Standpunkt vor aller Welt klar zu machen und ihn zu propagieren. Wenn die deutsche Erklärung zeigt, daß die deutsche Demokratie den Frieden noch weiter verzögern will, statt ihn zu fördern, so macht das unsere Pflicht noch klarer.

Die Kritik, die Albert Thomas an der deutschen Denkschrift übt, zeigt, wie groß die Meinungsverschiedenheiten sind, die überbrückt werden müssen.

Wir verlangen es uns für heute, auf die Einzelheiten dieser Kritik einzugehen, und möchten nur folgendes bemerken: Was Thomas als Ergebnis des Krieges vorschwebt, das ist ein (vielleicht auch mehr französisch als international gedachter) idealer Rechtszustand. Was die deutsche Denkschrift anstrebt, das ist ein realpolitischer Versuch, die Schwierigkeiten, die dem Frieden im Wege stehen, zu beseitigen und zugleich einem idealen Rechtszustand näher zu kommen.

Der Krieg war nie ein Mittel und wird nie ein Mittel sein, die absolute Gerechtigkeit herzustellen. Er kennt kein anderes Recht als das Recht des Siegers. Schließt er aber ohne entscheidenden Ausgang, dann kann der Frieden nur der Ausdruck eines gegebenen unentschiedenen Kräfteverhältnisses sein, nicht aber die Verwirklichung eines vollkommenen Rechtsideals.

Wir wollen uns nicht der Lüge schuldig machen, daß ein Sieg Deutschlands den Sieg der absoluten Gerechtigkeit sichern würde. Aber auch Thomas sollte anerkennen, daß ein Sieg der Entente nichts dergleichen bedeuten würde. In beiden Fällen hätten die Sozialisten, die guten Willens sind, schwere Mühe, zu verhindern, daß aus dem Sieg neues Unrecht entsteht.

Wir sind gerne bereit, von Thomas gute Lehren darüber anzunehmen, inwiefern wir unbewußt im Imperialismus befangen sind, möchten ihm aber gerne als Gegenleistung sagen können, warum er uns als unbewußtes Werkzeug einer chauvinistischen Bourgeoisie erscheint. Am fruchtbarsten wäre natürlich der Weg direkter Aussprache, der jedoch nicht beschritten werden kann, da die französische Regierung, der Thomas als Mitglied angehört, ihn gesperrt hat.

Der Fall Hoffmann-Grimm. Kundgebungen in Genf.

Genf, 20. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Am Dienstagabend beschloß eine Volksversammlung in Genf von ungefähr 15 000 Personen, eine Versammlung des Bundesrats zu verlangen, um Kommissäre einzusetzen, welche die Verantwortlichkeiten in der Angelegenheit Hoffmann festsetzen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Danach jedoch begaben sich Gruppen von Kundgebenden vor das deutsche Generalkonsulat und verletzten, das Konsulatsschild herunterzureißen. Die Polizei schritt aber ein und nahm das Schild herunter, das auf dem Polizeiposten in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebenden gingen vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten langten in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Kundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gendarmen zogen blank, luden die Waffen und schossen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind leicht verwundet, 18 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren verhaftet worden.

Kopenhagen, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Schweizerische Nationalrat Robert Grimm ist über Stockholm aus Petersburg hier angekommen. Er weigert sich augenblicklich, sich über seine Angelegenheit auszusprechen, teilt aber mit, daß er am Donnerstag eine Erklärung über seine Mission in Auf-

Der Stand der Viehhaltung.

Von Robert Schmidt.

Als die Ergebnisse unserer letzten Bestandsaufnahme über die Getreidevorräte das Kriegsernährungsamt veranlaßten, die Protraktion herabzusetzen, konnte als Ersatz ein größeres Quantum Fleisch geboten werden. Die Erhöhung der Fleischration wurde dadurch möglich, daß in der vorausgegangenen Periode durch eine starke Herabdrückung der Schlachtung die Viehbestände einen verhältnismäßig guten Stand aufwiesen. Insbesondere galt dies von unseren Rindviehbeständen. Während wir im Jahre 1913 20 994 000 Stück Rindvieh in Deutschland zählten, war diese Zahl am 1. März 1917 auf 21 336 000 gestiegen. Die Zahl der Kühe und Ferkel ist allerdings von 11 321 000 auf 10 714 000 zurückgegangen, aber ein Bestand, der unter der Kriegswirtschaft ein sehr erfreuliches und befriedigendes Resultat bot. Ungünstiger sah es mit den Schweinebeständen aus, die aber auch noch am 1. Dezember 1916 rund 17 000 000 zählten, gegenüber 21 bis 22 000 000 zu Friedenszeiten. Berücksichtigt man die enorm großen Schwierigkeiten, die uns bei dem Fehlen der ausländischen Futtermittel in der Viehhaltung entstehen mußten, so bot der Viehstand ein überraschend gutes Resultat. Die Möglichkeit, ohne Bedenken größere Eingriffe vorzunehmen, war für den Notfall einwandfrei gegeben.

Für unsere Stellung in der Ernährungsfrage kam aber weiter in Betracht, daß bei dem Mangel an Brotgetreide wir in größerem Maße auf Nährmittel aus Getreide und Pansen zurückgreifen mußten. Hier mußte bei einem großen Viehbestand die Gefahr bestehen, daß diese so wichtigen vegetabilen Nährmittel durch eine große Viehhaltung gegenwärtig nicht mehr rationell ausgenutzt werden, denn bei der Verwendung von Getreide zur Aufzucht der Schweine gehen ungefähr vier Fünftel des Nährgehalts verloren, nur ein Fünftel gewinnen wir im Fleisch und Fett wieder. Die großen Schweinebestände haben uns ferner bei der ungünstigen Kartoffelernte in große Schwierigkeiten gebracht, denn es besteht kein Zweifel, daß unsere große Bedrängnis in der Kartoffelversorgung auf das Verfüttern großer Mengen Kartoffeln zurückzuführen ist.

Beim Kriegsernährungsamt sind Erwägungen im Gange, ob es möglich sein wird, diese Eingriffe in die Viehhaltung weiter fortzusetzen, oder ob nicht bei einer erhöhten Protraktion, die uns beim Einbringen der Getreide in Aussicht steht, wieder zu dem alten Zustand zurückgekehrt werden kann. Ein endgültiges Urteil über die Frage wird man dann gewinnen können, wenn die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Juni dieses Jahres bekannt sind. Das Kriegsernährungsamt hat in einer der letzten Sitzungen des parlamentarischen Beirats für Volksernährung den Wunsch ausgesprochen, daß eine Kommission aus dieser Vertretung sich selbst informiert über die Zustände in der Landwirtschaft, die durch die größere Abgabe von Vieh herbeigeführt wurden. Das Ergebnis dieser Reise soll hier in einigen kurz zusammengefaßten Betrachtungen niedergelegt werden. Der erste Teil der Reise ging durch Posen, durch einen kleinen Teil Westpreußen, Provinz Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Königreich Sachsen und Thüringen. Die zweite Reise, die noch in Aussicht steht, ist nach Süddeutschland gerichtet.

Die Viehwirtschaft ist in Deutschland keine einheitliche, sie ist abhängig von Weidewirtschaft, Verfütterung der Abfälle aus Zucker- und Spiritusfabriken und dem Anbau von Futterrüben und Alee. In einigen Bezirken ist in Friedenszeiten auch viel Getreide für die Aufzucht verwendet.

Posen zeigte das typische Bild der Großbetriebe mit geringer Viehhaltung, die im Winter gute Stallfütterung entbehrte und mit wenigen Ausnahmen den Eindruck einer schlechten Wirtschaft bot. Nur in einigen kleinen Betrieben der Ansiedler, die einen recht günstigen Eindruck machten, konnte eine bessere Pflege und Aufzucht des Viehes beobachtet werden. Besser gestalteten sich nach Westpreußen hinüber, besonders in der Gegend der Regeniederung, die Viehbestände auf den großen üppigen Weiden. Hier verfiel sehr bald das abgemagerte Vieh, das im Winter mühsam durchgehalten war. In der Provinz Brandenburg sind die Kreise Westhavelland und Ruppiner Bezirke der Milchversorgung für Berlin. Es handelt sich hier vielfach um Betriebe, die eine Art Abmelkwirtschaft treiben, weniger Vieh aufziehen, und sich fast ausschließlich der Milchproduktion widmen. Unsere Fleischversorgung hat dazu geführt, daß langsam bereits in diese Milchviehbestände eingegriffen wurde. Die Bedenklichkeit dieser Maßnahme wird man nicht von der Hand weisen können, sofern es sich um Kühe handelt, die noch einen guten Milchtrag aufweisen. Trotz des Fehlens an Kraftfutter ist hier vielfach der Milchtrag erheblich gestiegen, die

Grünfütterung hat sehr schnell ihre günstige Wirkung zu erkennen gegeben. Im Winter war der Ertrag sehr gesunken. Die beiden Bezirke der Ost- und West-Priegnig wiesen vorzüglich gutgenährtes Vieh auf, die Weiden sind nicht voll besetzt.

Der eigentliche Bezirk unserer Mastviehzucht im Norden, Schleswig-Holstein, stand erst im Beginn seiner Entwicklung, hier ist die reine Viehwirtschaft besonders in der Marsch die Regel. Die Bewirtschaftung vollzog sich in Friedenszeiten so, daß Wagnervieh im Frühjahr aufgekauft wurde, um im Herbst im guten Mastzustand auf den Markt zu kommen. Es werden deshalb von den Viehhältern hier die Anforderungen zur Abgabe von Vieh nicht gern gesehen, man will bis zum Herbst die Möglichkeit der Mast ausnutzen. Die Viehfammelstelle in Nusum war deshalb auch nur mit Wagnervieh, das sich in einem jämmerlichen Zustand befand, besetzt.

Auch in der Provinz Sachsen trifft man große Weidebezirke an, die im Frühjahr Wagnervieh aufstellen, und bei der starken Zuderrückenproduktion im Winter durch Stallmästfütterung von Rübenschnitzeln, Rübenblättern und Melasse günstige Resultate erzielen. Für die Durchführung der letzteren Aufgabe entstehen jetzt manche Schwierigkeiten, da die Rübenabfälle nicht in vollem Umfange an die Landwirte zurückgeliefert werden und Melasse vollständig fehlt. Im Königreich Sachsen bot in Leipzig die Viehfammelstelle wohl das beste Schlachtvieh, das man Gelegenheit hatte, zu besichtigen. Besonders aus Thüringen war ein vorzügliches Schlachtvieh eingeliefert. In der Nähe der Großstadt trifft man natürlich wieder eine starke Milchviehhaltung an, die früher mit Rübenschnitzeln und Kraftfutter hochgehalten wurde, jetzt im wesentlichen auf die Verfütterung von Aie, im Winter Heu, angewiesen ist. Trotzdem machte der Viehbestand keinen ungünstigen Eindruck, besser noch war der Eindruck, den man in den kleinen Betrieben der thüringischen Bauern gewann. Selbst bis weit hinaus in den Thüringer Wald sah man gute Viehbestände, aber man gewann auch den Eindruck, daß wohl kaum in einem anderen Bezirk mit soviel Sorgfalt und Liebe die Viehhaltung durchgeführt wird. Hier sind die Eingriffe, die für die Abschächtung erforderlich sind, am härtesten, weil der Kleinbesitzer schwer aus diesen geringen Beständen entbehren kann, zumal er fast ohne Ausnahme die Kühe als Spannvieh gebraucht.

Die Uebersicht über diese Verhältnisse, die leider hier nur kurz angebeutet werden können, ergaben, daß gegenwärtig recht schlecht genährtes, schlachtreifes Vieh zur Abschächtung kommt. Zu empfehlen wäre, das Wagnervieh in die Weidebezirke abzugeben. Die Resultate auf guten Weiden waren überraschend günstig, das Vieh erholte sich in sechs bis acht Wochen sehr gut. Dagegen erscheint es fraglich, ob man die Ergebnisse einer Fettmast abwarten soll oder nicht, besser die gut fleischigen Tiere abschachtet, um Wagnervieh wieder aufzustellen. Die Städte sollten ihre Fleischreserven gegenwärtig nicht in Kühlhäusern lagern, sondern das abgemagerte Vieh in die Weidebezirke geben und hier eine sehr viel einträglichere Reserve aufstellen. Von den Viehhändlerverbänden wird bereits in kleinem Maßstabe diese Praxis geübt, sie muß in größerem Umfange fortgesetzt werden.

Die Frage der Abschächtung im Herbst wird davon abhängen, welche Futtermittel und zur Verfügung stehen; man wird es vermeiden müssen, schlachtreifes Vieh, das in den Weidebezirken gut genährt ist, im Winter wieder durchzufüttern, um es dann abzuschächteln. Das Verfahren darf im kommenden Jahre nicht wiederholt werden.

Unsere Landwirte bekommen heute gute Preise für ihre Produkte, aber hart ist ihre Aufgabe, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Unsere Landbevölkerung und gerade diejenigen, die mit ihren Familienangehörigen selbst ihr kleines Besitztum bearbeiten müssen, setzen unter einer enormen Last der Arbeit. Wiederholt trifft man Betriebe an, wo der Mann und alle erwachsenen Söhne draußen im Felde stehen und die Frau allein den Betrieb führen muß. Was diese Frauen an Mühe und Arbeit auf sich nehmen, ist unendlich viel und kann von seinem gering bewertet werden, der Gelegenheit hat, einen Einblick zu halten in die schwereren Produktionsbedingungen des landwirtschaftlichen Betriebes.

## Stockholm.

### Der allgemeine Kongress.

Stockholm, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Es erscheint jetzt sicher, daß hier Mitte Juli der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat einberufene allgemeine Kongress mit dem holländisch-kanadischen Komitee stattfinden wird.

Heute traf hier über Aparanda der Schweizer Nationalrat Grimm ein.

Das holländisch-kanadische Komitee hatte heute Beratungen mit den amerikanischen Delegierten; diesen Donnerstag soll mit den Tschecho-Slawen verhandelt werden.

Bern, 19. Juni. Zur Sitzung des Sozialistenrates des Seine-Departements schreibt „Bonnet Rouge“, außer der Hauptforderung an die Kammergruppe, die Debatte über Stockholm wieder zu eröffnen, sei auch darauf bestanden worden, bei der französischen Regierung die Pässeerteilung für Stockholm durchzusetzen.

### Stauings Zuversicht.

Kopenhagen, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Socialdemokraten“ meldet: Die vorbereitenden Verhandlungen in Stockholm nehmen wieder eine erfreuliche Wendung. Stauing lehnte heute aus Stockholm hierher zurück und teilte mit, daß durch seine Besprechungen mit Albert Thomas und zwei englischen Genossen die Konferenz gesichert sei. Die Engländer würden kommen, sicher auch die Franzosen, und zugleich würden auch Besprechungen mit den russischen Genossen stattfinden. Stauing sagt: Man lasse sich durch die chauvinistische Presse aller Länder nicht verwirren. Weder die englischen noch die französischen Genossen sehen in dem holländisch-kanadischen Komitee einen feindlichen Agenten. Sozialisten aller Länder, reicht Euch, wenn auch zögernd, die Hände zur Versöhnung!

### Rußlands Abwehr des Sonderfriedens mit Deutschland.

Die russische Regierung ist entschlossen, an dem Londoner Vertrage vom 5. September 1914, der die Ententemächte zum Weltkriegsbündnis zusammenschloß, festzuhalten. Sie bemüht sich jetzt, diesen Vertrag durch einen anderen zu ersetzen, aber

## Englische Angriffe bei Lens — Gelände am Hochberg zurückgewonnen.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 20. Juni 1917. (W. T. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Zwischen Her und Lens nahm besonders am Abend der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten große Heftigkeit an. Auch vom La Bassée-Kanal bis zur Scarpe war zeitweilig die Feuerstätigkeit lebhaft.

Südwestlich von Lens griffen die Engländer auf dem Nordufer des Souchez-Tages an. Auf den Flügeln wurden sie abgewiesen, in der Mitte gelang ihnen ein Einbruch in unsere vorderen Gräben. Durch kräftigen Gegenstoß wurde verhindert, daß schnell nachgezogene Kräfte ihren Erfolg erweiterten.

Im Vorseh unserer Stellungen nördlich von St. Quentin kam es zu Zusammenstößen unserer Posten mit englischen Streifabteilungen, die in unserem Feuer weichen mußten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Längs der Aisne nur stellenweise auflebendes Geschützfeuer. In der westlichen Champagne wurde durch kräftigen Gegenangriff eines märkischen Regiments der größte Teil des Geländes zurückgewonnen, das am 18. 6. südwestlich des Hochberges an die Franzosen verloren gegangen war.

An den übrigen Fronten hat sich bei der gewöhnlichen Grabenkampfstätigkeit nichts Besonderes ereignet.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

nichts deutet an, ob und in welcher Richtung etwa eine Abänderung der für England bisher am meisten vorteilhaften Bestimmungen angestrebt wird. Auf der Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte legte Minister Tseretelli über die Politik der Regierung Rechenschaft ab. Nach der Petersburger Telegraphen-Agentur erklärte er:

Auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen wünschen wir den Abschluß eines neuen Vertrages zu betreiben, in dem die von der russischen Demokratie verkündeten Grundzüge als Grundlage der zwischenstaatlichen Politik der Alliierten anerkannt werden. Wir wenden alle Mittel an, damit unser Programm für alle alliierten Regierungen annehmbar sei, um den Bruch mit den Alliierten zu vermeiden. Wir sind der Ansicht, daß das schlechteste Ergebnis unseres Kampfes für den Weltfrieden ein Sonderfriede mit Deutschland sein würde, der die Ergebnisse der russischen Revolution zerstören und der Sache der internationalen Demokratie verderblich sein würde. Ein Sonderfriede ist in der Tat unmöglich. Ein solcher Friede würde Rußland in einen neuen Krieg auf Seiten der deutschen Koalition hineinziehen. Das hieße aus einem Bunde austreten, um in einen anderen einzutreten.

Der Minister teilte der Versammlung die Schritte mit, die die russische Regierung zur Herbeiführung einer internationalen Zusammenkunft getan habe. Diese Zusammenkunft solle der Nachprüfung der Verträge dienen, mit Ausnahme jedoch des Londoner Abkommens, durch das die Alliierten sich verpflichten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Minister Tseretelli rethorisierte dann

### die Tätigkeit Kerenskis

und erklärte, daß sich das Land der Drohung eines äußeren Angriffs gegenübersehe und daß es die Pflicht der revolutionären Armee sei, sich selbst zum Vorgehen bereit zu halten. Die Untätigkeit an der russischen Front habe die Revolution nicht befestigt, sondern sie im Gegenteil geschwächt.

Dann ergriff Lenin das Wort und hielt eine lange Anklagerede gegen das Koalitionskabinett, seine Taten und seine Haltung besonders bezüglich des Krieges und des Aufruhrs Kerenskis zur Offensive, den er als einen Verrat an den Interessen des internationalen Sozialismus bezeichnete. Lenin schlug weitestgehende Maßregeln als Heilmittel für die Lage vor und erklärte dann, seine Partei sei bereit, die Macht zu übernehmen, wenn sie ihr angeboten werde.

Nach ihm sprach Kriegeminister Kerenski. Er verurteilte die Lehre Lenins und fuhr fort: Sie ist nur ein schlechtverstandener Marxismus. Die von Lenin befürwortete Verdrößerung an der Front ist ein Mittel, das mit den Wünschen des deutschen Generalstabes übereinstimmt. Wir müssen der Internationale beweisen, daß wir nicht eine Größe sind, die man vernachlässigen kann, und daß wir einen Willen besitzen, der sich nicht von einer vereinzelten unorganisierten Gruppe beherrschen läßt.

Kerenski berichtete dann über seine Rundreise an der Front und den günstigen Eindruck, den er davon erhielt, und verteidigte seine Handlungen als Kriegeminister in kraftvollen Ausdrücken mit solchem Vertrauen und solcher Ueberzeugung, daß der ganze Saal, mit Ausnahme der Maximalisten, in eine langanhaltende Rundgebung ausbrach.

## Der Arbeiter- und Soldatenrat und die Stockholmer Konferenzen.

Stockholm, 18. Juni. Die heute hier vorliegende neueste Veröffentlichung des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg über seine Stellung zu den Stockholmer Konferenzen lautet:

Die Äußerungen Trotskys gegenüber einem Korrespondenten der „Reitsch“ haben einen Protest der internationalen Sektion des Arbeiter- und Soldatenrats gegen die Anklage veranlaßt, daß dieser es hartnäckig vermießen habe, in Verbindung mit dem holländisch-kanadischen Komitee zu treten. Wenn Telegramme unbeantwortet geblieben sind, so liegt das an den Störungen der telegraphischen Verbindungen. Der Rat sucht durchaus nicht jede Verbindung mit dem Komitee zu vermeiden. So hat er z. B. dem Komitee telegraphiert, um Auskunft über Zeit und Ort der internationalen Konferenz zu erhalten. Die Telegramme mußten allerdings an Branting gesandt werden, da die Adresse des Komitees unbekannt war. In einigen Tagen verläßt eine gewählte Delegation des Arbeiter- und Soldatenrats Petrograd, um nach Stockholm zu reisen, wo sie eine Konferenz zusammen mit den isolierten Stellen vorbereiten soll. Man hat auch die vorbereitende Arbeit des Komitees durchaus nicht übersehen. Aber erst gestern kam der erste Bericht darüber aus Stockholm. Die Bedingung für die Beteiligung des Rats an der Zimmerwaldkonferenz ist, daß diese Konferenz sich als eine vorbereitende betrachte.

Zu dem Programm erklärt der Rat, daß der Frieden nur möglich ist, wenn die Arbeiterklassen aller Länder entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik erreichen, um die Welt zu befreien. Die revolutionäre Demokratie Rußlands wiederholt ihre Auffassung von der Notwendigkeit, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Alle sozialistischen Parteien müssen ihre Regierungen beeinflussen, dieses Prinzip anzunehmen. Die russische Demokratie erreicht dies durch den Sturz Wjlkostoffs. Leider haben andere Länder nicht denselben Erfolg gehabt. Der Rat kann nicht Danks oder Unvollständigkeit in seinem letzten Appell finden; die internationale Solidarität muß die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Arbeiterklassen sein.

## Abendbericht.

Amlich. Berlin, 20. Juni 1917, abends.

Im Westen lebhafteste Geschichtstätigkeit nur bei Baugailon, nordöstlich von Soissons.

Vom Osten nichts Neues.

An der Struma Vorpostenscharmüchel.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 20. Juni 1917. (W. T. B.) Amlich wird verlautbart:

### Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach vierundzwanzigstündiger Artillerievorbereitung setzte gestern früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel, im Bereiche des Monte Forno und des Grenzlammes mit größtem Kraftaufgebot geführt wird. Unsere Truppen brachten alle Anstürme des Feindes in siegreicher Abwehr zum Scheitern. Ein britischer Erfolg, der dem Italiener im Gebiet der Gima Diece einige hundert Schritte Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teil wieder wettgemacht. Am Isonzo nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Der Rat stellt den Nutzen und die Notwendigkeit einer Diskussion über die Friedensbedingungen nicht in Abrede, aber er hat keine Vollmacht, den Frieden zu schließen und erachtet es für nützlich, Einfluß auf die Regierung zu erreichen. Die sozialistische Politik kann sich nicht der Methoden der Geheimdiplomatie bedienen. Sie muß auf bestimmte Prinzipien gegründet werden, offen vor dem Volke kämpfen und nicht um Einzelheiten feilschen. Wir glauben, daß, wenn sich alle Länder unseren Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, keine Annexionen usw. anschließen wollten, es nicht schwierig sein würde, zum Einverständnis über die Einzelheiten zu kommen.

## Elsass-Lothringen, Imperialismus und Demokratie.

Stockholm, 18. Juni. Ein wie großes Interesse man im Auslande, ganz besonders in Rußland, den Verhandlungen in Stockholm entgegenbringt und welche Wichtigkeit man vor allem der Haltung der deutschen Sozialdemokratie beimißt, geht daraus hervor, daß sich die vielen Journalisten aus allen Kulturländern, die seit dem Anfang der sozialistischen Konferenz in der schwedischen Hauptstadt anwesend sind, unausgesetzt bemühen, Äußerungen der Mitglieder der deutschen Abordnung zu erlangen. Dem wiederholten dringenden Ersuchen russischer Journalisten nachgebend, hat Scheidemann folgende Antworten gegeben, aus denen sich ohne weiteres die Fragestellung ergibt:

„In Elsass-Lothringen hat meines Wissens bisher kein Mensch ein Plebiszit verlangt. Alle Vertreter des elsass-lothringischen Volkes, die bekanntlich auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt sind, haben wiederholt bis in die neueste Zeit hinein erklärt, daß sie nicht daran denken, sich von Deutschland trennen zu wollen. Sie verlangen lediglich volle Gleichstellung Elsass-Lothringens als selbständigen Bundesstaat mit allen übrigen Bundesstaaten. Das ist eine Forderung, die sich durchaus deckt mit derjenigen, die die Sozialisten Frankreichs und Deutschlands bis zum Ausbruch des Krieges in vollkommener Uebereinstimmung aufgestellt haben. Außerhalb Deutschlands wird bei Erörterungen über Elsass-Lothringen fast immer vergessen, daß es sich um ein Land handelt, das bis vor etwa 10 Proz. ferndeutscher ist und in dem nur etwa 11,5 Proz. der Gesamtbevölkerung überhaupt französisch bereden. Elsass-Lothringen wurde im 17. Jahrhundert gewaltsam durch Frankreich von Deutschland losgerissen, 1870 von Deutschland zurückgenommen. Deshalb ist es absolut unverständlich, daß auch die französischen Sozialisten sich in der elsass-lothringischen Frage so vollkommen solidarisch erklären mit den nationalistischen Kreisen Frankreichs.“

Die Frage, warum die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie gegen ein Plebiszit sei, zeigt auch, wie wenig man im Auslande die Stimmung des deutschen Volkes gerade in bezug auf Elsass-Lothringen kennt. Es ist mir nicht bekannt — so fuhr Scheidemann fort —, daß irgendwelche Unterschiede in der Beurteilung dieser Frage bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen des deutschen Sozialismus. Ich glaube, daß in der elsass-lothringischen Frage alle Deutschen eines Sinnes sind.

Gegenüber der in den Ententeländern verbreiteten Anschauung, daß die deutsche Regierung gestützt auf einflussreiche Kreise, imperialistische Tendenzen verfolge, antwortete Scheidemann:

„Deutschland hat während 44 Jahren Frieden gehalten. Ich will nicht die Kriege alle aufzählen, die in dieser Zeit von den uns jetzt feindlich gegenüberstehenden geführt worden sind und die einen wirklich aggressiv-imperialistischen Charakter trugen. Es ist richtig, daß es bei uns auch einflussreiche Kreise gibt, die imperialistische Kriegsziele aufgestellt haben. Tatsache ist aber auch, daß diese Kreise in Deutschland nicht den Einfluß gewinnen konnten, den sie in England und Frankreich immer noch haben. Das deutsche Volk führt den jetzigen Krieg lediglich zu seiner Verteidigung gegenüber den aggressiv-imperialistischen Kriegszielen, die von feindlichen Regierungen wiederholt und noch bis in die letzte Zeit verkündet worden sind.“

Es will mir übrigens scheinen, daß das deutsche Volk auf seine Regierung bereits einen erheblich größeren Einfluß ausüben vermag, als das in den sogenannten demokratischen Staaten der Fall ist. Das geht nicht nur aus den Parlamentsverhandlungen hervor, sondern es wird meines Erachtens auch sehr gut illustriert durch das Verhalten der Regierungen in der Wahfrage. Daß die Demokratisierung in Deutschland fortgeschritten ist, ist gewiß. Ich kann nur wünschen, daß die Demokratisierung auch in England, Frankreich und Amerika fortschreite, wo die Regierungsmacht im Besitz einer kleinen imperialistisch-kapitalistischen Interessenschicht ist, aus deren Händen die Masse des minderbemittelten Volkes ihr Schicksal entgegennehmen muß. In Deutschland ist der Einfluß der Demokratie wenigstens fast genug, zu verhindern, daß diese imperialistisch und nationalistisch orientierten Kriegspolitiker das Best in die Hand bekommen. Erst wenn auch jene anderen Länder wirklich demokratisiert sind, das heißt die Massen des Volkes entscheidend sind, werden wir hoffen dürfen, einen Zustand dauernder friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu erreichen.“

## Das Unterhaus für Frauenstimmrecht.

London, 20. Juni. Unterhaus. Bei der Besprechung der Wahlreformvorlage nahm das Haus mit 385 gegen 55 Stimmen den Grundsatz des Frauenstimmrechts an.

## Ein schwedisch-englisches Schiffahrtsabkommen.

Robert Cecil teilte mit: Mit der schwedischen Regierung sei ein Abkommen abgeschlossen worden über die freie Passage von aus dem Baltischen Meer kommenden Schiffen.

## China — Japan — Amerika.

Aus Peking meldet Havas: Der Präsident ordnete die Auflösung des Parlaments an, aber Wutingfang, der einstweilige Premierminister, weigerte sich, den Erlaß gegenzuzeichnen, indem er das Vorgehen des Präsidenten für verfassungswidrig erklärte. Tschinghai, der zum Premierminister ernannt war, es aber ablehnte, dies Amt anzutreten, verweigerte gleichfalls die Gegenzeichnung des Erlasses. Wutingfang hat seine Entlassung eingereicht.

In Japan haben die chinesischen Vorgänge seit der amerikanischen Note ungemein erregend gewirkt. Nach der Stockholmer „Vörzeitung“ widmet die japanische Presse den Ereignissen in China die größte Aufmerksamkeit. Fast täglich finden Beratungen der Regierung unter der Teilnahme Genros und des Marschalls Yamahata statt. „Nidzidzi“ empfiehlt die Lösung der Krise dadurch, daß sich Süchina als Republik, Nordchina als Monarchie konstituiert.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio vom 12. Juni: Die japanische Presse erörtert dauernd in feindlichem Tone das Auftreten des amerikanischen Botschafters in Peking, der China geraten habe, die Frage des Kriegseintritts bis nach Ordnung der inneren Angelegenheiten aufzuschieben. Amerikas Auftreten schade dem Ansehen Japans, das in China Privilegien besitze.

Gegenüber den Meldungen vom Alarm in Japan berichtet allerdings der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus New York: Man betrachte den Zwischenfall mit Japan als erledigt und das Mißverständnis als aufgeklärt.

## Der Krieg auf den Meeren.

### U-Boot-Angriff auf Geleitzüge im Mittelmeer.

Berlin, 20. Juni. Amtlich.

1. Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote sind in den nördlichen Sperrgebieten neuerdings

### 26 000 Brutto-Registertonnen

vernichtet worden.

2. Eines unserer im Mittelmeer operierenden Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Klatt, versenkte am 13. Juni nachts südlich der Straße von Messina einen unbekannt bewaffneten Dampfer von 4000 Tonnen und griff am 15. Juni nachts in derselben Gegend zwei stark gesicherte feindliche Geleitzüge an. In einem Zeitraum von eineinhalb Stunden wurden aus dem einen Geleitzug, der aus drei Dampfern bestand, die beiden größten, von 6000 Tonnen und 4000 Tonnen, und aus dem anderen von zwei Dampfern der größere von 5000 Tonnen abgeschossen. Alle versenkten Schiffe waren auffallend tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Luft- und Seegefechte.

Berlin, 20. Juni. Amtlich. Vor der flandrischen Küste wurden am 19. Juni früh drei feindliche Flugzeuge von unseren Seefliegern abgeschossen. Ferner wurde nördlich von Dünkirchen ein englisches Torpedomotorboot von unseren Vorpostenstreitkräften versenkt, die Besatzung gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Ein Übergangsministerium in Oesterreich.

Der Kaiser hat, wie wir gestern vermuteten, den Grafen Clem. Martinich mit der Aufgabe betraut, ein Übergangsministerium zu bilden, das im Herbst einem anderen Kabinett den Platz räumen soll, in dem auch die jetzt oppositionellen Parteien, also vermutlich auch die Tschechen, durch Vertreter der Parteien eine Stimme haben. Eine solche Kabinettsbildung kann nur nach vorausgegangener Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen Erfolg haben. Für die Tschechen hat die große Stunde geschlagen. Sie haben jetzt zu beweisen, daß sie willens sind, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Tun sie das, so handeln sie auch im eigenen wohlverstandenen Interesse, denn bisher haben sie mit ihrer prinzipiellen Opposition nichts weiter erreicht, als daß sie den Polen zur Macht verholfen haben. Die leider so arg mißdeutete und mit wahrhaft kindlicher Geisteslosigkeit verunglimpfte tschechische Rechtsverwahrung läßt, wie besonders Dr. Kenner in der Budgetdebatte ausführte, den Weg zur Verständigung offen, indem sie von dem Phantasiengebilde des sogenannten historischen Staatsrechts abruft und sich zum Prinzip der nationalen Selbstverwaltung bekennt. Auch aus opportunistischen Gründen wird sich vorläufig empfehlen, nicht wie in jener Erklärung die Slowaken als notwendigen Bestandteil zur tschechischen Nation zu reklamieren, weil eine solche Forderung zu Schwierigkeiten mit Ungarn führen und das große Ausgleichsziel gefährden müßte. Unverkündeter Leitgedanke muß in den nächsten Wochen sein, den Nationen alle völkischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte einzuräumen, die es nur geben mag, aber gleichzeitig jene Aufgaben, ohne deren Erfüllung der moderne Staat nicht leben kann, in der Weise zu zentralisieren, daß unter Schonung nationaler Empfindlichkeiten der sachliche Gehalt der Zweckmäßigkeit auf der ganzen Linie triumphiert.

Leider treten die Deutsch-Oesterreicher nicht geschlossen und einig unter Führung von Männern mit großem Willen und weitem Gesichtskreis in die Auseinandersetzung ein. Die Deutschradikalen gefallen sich in der verächtlichsten Weise gegen die Sozialdemokratie. Vielleicht — und hoffentlich — vollzieht sich auch in dieser Beziehung ein Umschwung. Dr. Kenner hat auf dem deutsch-böhmischen Arbeiterparteitag in Prag erklärt, daß die So-

zialdemokratie alle Reichstagsabgeordneten Deutschböhmen als Vertretung des deutschböhmisches Volkes betrachte. Der Führer der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen Prof. Kaffka greift diese Anregung auf und fordert eine Einigung aller Deutschböhmen auf der von Renner vorgeschlagenen Grundlage.

Am Dienstag hat der Ministerpräsident den neuen Handel mit den verschiedenen Parteien, besonders mit den Polen begonnen. Der fatale Eindruck solcher Verhandlung wird sich nur vermischen lassen, wenn sie als letztmalig gebrauchtes Aus Hilfsmittel betrachtet werden, um Zeit zu einer ernstlichen und umfassenden Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen zu gewinnen.

Der polnische Klub hat auf Antrag des Genossen Diamand beschloffen, kein Kabinett zu unterstützen, in welchem ein Minister aus der Xera Steuergh folgt. Dieser Beschluß geht manchem der Herren an die Nieren, der sich noch sicher auf den Ministerstühlen wähnt. Ob er vollkommen durchgeführt werden wird, steht dahin.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Die Belohnung der Ueberläufer. Wie der schweizerische Preßtelegraph aus Paris meldet, beabsichtigen eine Anzahl Abgeordneter der bürgerlichen Linken in der französischen Kammer, den Antrag einzubringen, den früheren Reichstagsabgeordneten Blumenhal, Wetterle und Weill als Vertreter französischer Städte Sitze in der französischen Kammer einzuräumen. Blumenhal war bei Ausbruch des Krieges genötigt Reichstagsabgeordneter, sondern bei den Wahlen 1912 in seiner Vaterstadt mit Wang durchgefallen.

Weitere Dollarmillionen für England. Aus Washington meldet Reuter: Das Schatzamt hat England weitere 35 Millionen Dollar geliehen.

Venizianer im griechischen Kabinett? Reuter meldet aus Athen: Verhandlungen zwischen Jaimis und dem Venizelistenführer Repulis wegen Aufnahme eines oder zweier Venizelisten in das Kabinett haben begonnen. Die übrigen Minister haben sich verpflichtet, jedes von Jaimis getroffene Abkommen anzunehmen.

Rundgebungen gegen den König von Griechenland, wobei es zu Täuschungen gegen den König gekommen zu sein scheint, werden aus Lugano gemeldet. Der König wußte in ein Kaffee sächen und wurde von dort durch den Präfecten in das Palasthotel begleitet. Infolge der Unruhen ist ein Italiener verhaftet worden. Die Bevölkerung Luganos nahm keinen Anteil an dem Vorgang, bezogte vielmehr äußerste Mißbilligung.

## Politische Uebersicht.

### Irrige Auffassung.

Zum Fall Hoffmann-Grimm macht die „Arenzeitung“ diese Bemerkung:

Alle diese Dinge scheinen nun von neuem zu beweisen, daß die ewigen Friedensbereitschafts- und Gebungen, in denen die Sozialdemokratie alles Heil sieht, eher das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen.

Die Sozialdemokratie hat von der Regierung niemals „ewige Friedensbereitschafts- und Gebungen“ verlangt. Ihr hätte eine ganz und eindeutig klare Erklärung der Regierung für den allgemeinen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen vollständig genügt. Diese Erklärung hat sie von der Regierung gefordert. Mit dem Fall Hoffmann-Grimm und allem, was drum und dran hängt, hat sie nicht das allergeringste zu tun. Sie hat im Gegenteil, wie jeder Leser des „Vorwärts“ weiß, vor der gleichen auf das allerdringendste gewarnt und seine vollständige Ausichtslosigkeit vorausgesagt.

### „Köln. Volkszeitung“ und Armeer.

Abg. Genosse Meerfeld-Köln hat an den Reichskanzler folgende Anfrage gerichtet:

Bei einer an der Westfront stehenden Batterie, die ich näher zu bezeichnen bereit bin, haben die Unteroffiziere sämtliche Mannschaften um sich versammelt, ihnen einen annexionsistischen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ vorgelesen und sie zu bewegen versucht, eine vorgegedruckte Erklärung zugunsten eines sogenannten Hindenburgfriedens zu unterschreiben.

Was denkt der Herr Reichskanzler gegen einen solchen Mißbrauch der Dienstgewalt zu tun? Schriftliche Antwort genügt mir.

### Kommission für Secredlieferungen. — Gesundheitszustand der Armeer.

Die Kommission zur Prüfung der Verträge über Kriegslieferungen hatte gestern Sitzung.

Von Vertretern des Kriegsministeriums wurden verschiedene von Mitgliedern der Kommission gestellte Anfragen beantwortet. Hierbei kamen auch die erheblichen Gewinne großer fast ausschließlich mit Heereslieferungen beschäftigten Gesellschaften zur Erörterung, wie sie sich aus ihren Jahresabschlüssen ergeben. Eine nochmalige Nachprüfung der den Gesellschaften gezahlten Preise wurde dringend befürwortet.

Mit Rücksicht darauf, daß sich das von der Heeresverwaltung im Kriege in weitgehendem Maße durchgeführte Ausschalten von Vieh im eigenen Betrieb sehr bewährt hat, wurde von verschiedenen Mitgliedern der Kommission der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es sich im Interesse der guten Verpflegung der Truppen und aus fiskalischen Gründen empfehlen möchte, das Verfahren für große Standorte auch im Frieden beizubehalten.

Sodann folgte ein Vortrag über die Beschaffung der Mittel auf dem Gebiete des Sanitätswesens, an dessen Schluss der Vertreter des Kriegsministeriums mitteilte, daß der Gesundheitszustand des Heeres andauernd gut sei. Epidemien sind, abgesehen von der ersten Zeit, in der die Truppen in verheerendes Gebiet einmarschieren mußten, so gut wie nicht vorgekommen. Das Ergebnis der Behandlung der verwundeten Soldaten ist ein sehr günstiges. Von 100 Mann des Feldheeres, die draußen oder in der Heimat ärztlich behandelt sind, sind 91,3 wieder dienstfähig geworden, davon 70 für die Front, nur 6,4 mußten als dienstunbrauchbar entlassen werden.

### Internationales in der „Tägl. Rundschau“.

Die „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht — in der Unterhaltungsbeilage — einen Artikel „Parteifriede oder Volksfriede“ von Erich Bentzner, der in folgende Mahnung ausklingt:

Ich zweifle nicht, daß in allen kriegsführenden Völkern Männer leben, die ihren persönlichen Haß und ihre Erbitterung hintansetzen wollen, um ihr Vaterland und ihre Brüder

zu retten. Alle praktischen Bedenken sind eine beschwindende Kleinlichkeit gegen den eisernen Willen und das volle Herz. Warum schweigen diese Stimmen? Warum überhören sie das gewaltige Menetekel Ruhlands? Warum übernimmt Deutschland in dieser geistigen Erhöhung der ganzen Kriegsauffassung, in dieser endlichen Herauslösung eines fruchtbaren göttlichen Gedankens aus dem materiellen Chaos nicht die Führung, wie es seine Tradition und Bestimmung ist? Haben wir etwa nicht Jugend und Sprungkraft genug?

Leider gilt es als höchste Ehre, heute geistig da zu stehen, wo jeder vor drei Jahren stand. Was die Leitartikel einer Zeitung vor drei Jahren fällt, soll sie unbedingt auch heute fallen. Wir verharren. Nur kein Umdenken, kein Nachdenken, keine Vertiefung! Als wenn der Krieg kein Schmeldefeuer wäre! Wer heute noch derselbe geblieben ist, ist Schlacke. Wir wollen uns endlich durchringen zu etwas anderem, etwas Neuem, aber etwas Höherem. Der Krieg soll — das müssen wir Deutschen ehrlich sagen — das Morgenrot eines neuen Zeitalters, eines neuen Zusammenarbeitens der Völker, einer neuen Geistigkeit, einer neuen Liebe sein! Was Menschenkraft vermag, was deutscher Wille vermag, soll Friede die Frucht des Krieges und Leben die Frucht dieses Sterbens sein!

Die „Tägl. Rundschau“ hat allerdings heute noch da, wo sie vor drei Jahren stand, da sie den Kriegsausbruch und den Fall der Internationale bejubelte!

### Das nennt man mit Recht nationalliberal.

Die Landesvorsitzenden und die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses der Nationalliberalen Partei sind am letzten Sonnabend in Berlin beisammen gewesen, und haben einige vollkommen nichtsagende Beschlüsse gefaßt. So z. B., daß sie in der Frage der Kriegsziele — Gott sei Dank — immer noch die Alten seien und daß sie auch für die Stärkung des parlamentarischen Einflusses wären, aber — um Gottes willen nicht — für das parlamentarische System, wie es in England bestehe.

Die Nationalliberale Korrespondenz begleitet die gefaßten Beschlüsse nun mit einer Reihe von tief sinnigen Bemerkungen, in denen es heißt:

Das Ziel, das man sich setzt, besteht in der Verstärkung des parlamentarischen Einflusses. Das Mittel sieht man in einem engeren Zusammenwirken der Regierung und des Parlaments, eine Forderung, die von dem Abgeordneten Dr. Friedberg von vornherein dem Streben nach dem parlamentarischen Regime entgegen gesetzt worden ist und die sich, wie die Aussprache am Sonnabend zeigte, in der Nationalliberalen Partei volle Geltung verschafft hat.

Man sollte einen Preis aussetzen für denjenigen, der sich bei diesen Redensarten etwas denken kann. Den eigentlichen Sinn der ganzen Veranstaltung erfährt man vielleicht doch am besten aus den Gegensprüchen, mit denen ein schwerindustrielles Blatt sie mit samt dem geistvollen Kommentator der „N. A.“ begleitet. Die „Berl. Neuesten Nachr.“ schreiben:

Wir stellen fest, daß aus diesen Ausführungen der Nationalliberalen Korrespondenz wenigstens der Geist weht, der alle Glieder der Partei zu ihrem Tun und Lassen stets bewegen sollte, und freuen uns, daß es nun zu einer resümierten Uebereinstimmung im Sinne der Führer Dr. Friedberg und Wasserhoff gekommen ist.

Wie viel oder wie wenig das Ganze bedeuten mag, so sieht es auf jeden Fall armelig genug aus. Die nationalliberale Politik in „großer Zeit“ ist die verkörperte Geisteslosigkeit. Man versteht nicht, wie Intelligenzen, an denen es den Nationalliberalen doch nicht fehlt, es in einer so geführten Partei aushalten können.

## Letzte Nachrichten.

### Englische Äußerungen.

Stockholm, 19. Juni. (Schwedische Telegraphen-Agentur.) Der Holländisch-Scandinavische Sozialistische Ausschuss hat am 18. Juni eine vorläufige Besprechung mit Julius West von der Abordnung der Mehrheit der englischen Sozialisten gehabt, der von Thompson, dem Herausgeber des „Clarion“, begleitet war. Eine Zusammenstellung der Ansichten der englischen Mehrheit und Minderheit wird von der Gesamtvertretung erst ausgearbeitet.

Trotzdem machte West schon einige Mitteilungen über die Haltung der englischen Mehrheit zu gewiss, für die Engländer Ausschlag gebenden Fragen. Darnach ist die englische Mehrheit für Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens nebst Räumung Nordfrankreichs und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Gebiete auf Kosten der sie jetzt beherrschenden Macht, ferner für ein geeinigtes, unabhängiges Polen und für völlige Gleichstellung aller Völkerschaften in Oesterreich-Ungarn, dessen Demokratisierung sie für eine wesentliche Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit des Friedens hält. Die englischen Sozialisten und Arbeiter halten die Frage, wer Schuld am Ausbruch des Krieges sei, für besonders wichtig und die Errichtung einer überstaatlichen Gewalt zur Verhütung weiterer Zusammenstöße für erforderlich; die Fabian-Gesellschaft hat einen vollständigen Plan für alle diese Dinge entworfen. Schließlich ist die englische Sozialisten- und Arbeiterbewegung Gegnerin eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß.

### Wilson für Belgien.

Washington, 20. Juni. (Reuter.) Gestern — die Lansing die belgische Mission zum Weißen Haus, wo deren Führer Wilson ein Schreiben König Alberts überreichte und die Dankbarkeit Belgiens für die von den Vereinigten Staaten geleistete Hilfe zum Ausdruck brachte.

In seiner Antwort sagte Wilson: Das Werk, an dem die Amerikaner beteiligt sind, hat ihnen ebenso wie der unschuldigen Zivilbevölkerung Belgiens Gutes gebracht. Das amerikanische Volk ist fähig gewesen, den Ruf und das unanwendbare Helldentum des belgischen Volkes und seines Herrschers zu verstehen. Es ist nicht einer unter uns, der heute nicht die Gelegenheit willkommen heiße, Ihnen unser von Herzen kommendes Mitgefühl und unsere Freundschaft auszusprechen und unserer fierlichen Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, daß Belgien an dem unausbleiblichen Tage des Sieges den Frieden erhalten soll, den es so rechtmäßig unter den sich selbst achtenden und geachteten Nationen der Welt gewonnen hat.

### Keine Cholera in Hamburg.

Hamburg, 20. Juni. Gegenüber fälschlich verbreiteten Gerüchten macht das Rebinalkollegium bekannt, daß weder in Hamburg noch in der näheren oder entfernteren Umgebung Cholerafälle oder choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen sind.

# Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

## Textilarbeiterbewegung in Planen.

Eine Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte sich mit der Tätigkeit und Entlohnung der Frauen und Mädchen während der Kriegszeit. Hierzu führte Frau Helene Wagner-Chemnitz u. a. aus: Die Frauen und Mädchen der Textilindustrie mühten sich um die Erhaltung der Löhne. Es sei ein trauriges Zeichen, daß sie zu ihrem Wochenlohn für sechs Tage Arbeit noch die vom Staat und Reich eingeführte Textilarbeitslosenunterstützung erhalten müßten. Bei voller Beschäftigung verdienen sie weniger, als die Textilarbeitslosenunterstützung beträgt. Die Erhöhung der Löhne sei durch die Preissteigerung gerechtfertigt, denn der Kriegszuschlag, die Feuerungszulagen und die Prämien können jederzeit wieder wegfallen. Mit der Zeit werden auch Mindestlöhne kommen müssen. Als erfreulich bezeichnete die Rednerin das Verhalten der Hittauer Handelskammer, die an die Textilfabrikanten die Forderung richtete, die Löhne zu revidieren, damit den Arbeitern das Durchhalten möglich werde. Nach dem Krieg werde Textilarbeit genug zu haben sein, aber der Arbeiter müsse wirtschaftlich so gestellt sein, daß er sie leisten könne. Der Arbeiter sehe auch seinen Verdienst rasch um, so daß er der Allgemeinheit wieder zugute komme. Kriegssamt und Hilfsdienstgesetz stehen seiner Selbsthilfe zur Seite.

In der Aussprache erwähnte Gauleiter Dresse, daß er schon im Januar beim Stadtrat auf die niedrigen Löhne der Textilindustrie hingewiesen habe. Es sei notwendig, zu verlangen, daß die Löhne in Planen eingeführt werden, wie die in der Schweiz, und zwar vor allem in der Stickerei gelte. Die Versammlung sprach in einer Entschließung ihr Bedauern darüber aus, daß der Stadtrat noch keine Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angebahnt hat, um endlich für alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen eine der Zeit entsprechende Entlohnung der Arbeit herbeizuführen. Die Versammlung erwartet, daß der Stadtrat endlich Verhandlungen in dieser Richtung anbahnt.

## Berlin und Umgegend.

### Die Lohnbewegung der städtischen Bureauangestellten.

Der Berliner Magistrat vor dem Hilfsdienstauschuss.

Eine von etwa 600 Personen besuchte Versammlung der städtischen Bureauangestellten und Hilfsarbeiter beschäftigte sich am Montag abends mit der Erhöhung der Feuerungszulagen und der Gehälter. Der Bevollmächtigte des Verbandes der Bureauangestellten berichtete über die bisherigen Verhandlungen. Die vom Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragte Erhöhung der Feuerungszulage bleibe hinter den bescheidensten Wünschen zurück, insbesondere die für die Ledigen. Diese sollten zunächst gar keine und jetzt eine Erhöhung von monatlich 2 M. erhalten. Eine weitergehende Erhöhung im Sinne der Anträge des Verbandes (Erhöhung um 10 M.) müsse entschieden verlangt werden. Die erhöhten Sätze dürften auch nicht erst am 1. Juli in Kraft treten, da dann die erste Auszahlung am 1. August erfolgen würde. Besonders dringend sei aber die Erhöhung der Gehälter und Tagesgelder. Nach einer am 1. Juni aufgenommenen Statistik erhielten 104 Angestellte in den Revier-Inspektionen der Gaswerke 123 bis 175 M. Monatsgehalt, und 14 Angestellte haben über 175 M. Dabei sind alle Funktions- und Extrazulagen mit eingerechnet. 89 von diesen 118 Angestellten sind verheiratet, sollen also von diesem Einkommen auch noch eine Familie erhalten. 259 weibliche Angestellte erhalten 70-125 M., nur eine erhält 150 M. Die große Masse der Hilfsarbeiter erhält ein Monatsgehalt von 126 M., die Hilfsarbeiterinnen von 99 M. Diese Gehälter müssen selbst bei Hinzurechnung der Kriegszulage von 20 M. für die Unverheirateten und 25 M. für die Verheirateten als durchaus ungenügend bezeichnet werden. Das Verlangen der Angestellten und Hilfsarbeiter, eine allgemeine Aufbesserung von 40 M. monatlich zu gewähren, ist daher gerechtfertigt. Da der Magistrat bisher keine Anstalten getroffen hat, diesen Wünschen entgegen zu kommen, haben die Angestellten der Gaswerke den Hilfsdienstauschuss angerufen. Bei der Verhandlung am 14. Juni war der Schlichtungsausschuss einstimmig der Meinung, daß eine Erhöhung der Gehälter dringend notwendig sei. Lediglich um jede Schärfe gegen den Magistrat zu vermeiden und um diesem Gelegenheit zu geben, aus eigener Entschlieung den Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen, gab der Ausschuss zunächst folgende Erklärung ab:

Nach Anhörung der Wünsche der Angestellten-Vertreter wurde vom Schlichtungsausschuss eine Revision und baldige Erhöhung der Bezüge der Angestellten für dringend notwendig erachtet. Es wird deshalb dem Magistrat Berlin zur Vermeidung von größeren Abwanderungen des Personals empfohlen, die Angelegenheit baldigst in einer für die Angestellten wohlwollenden Weise zu ordnen bezw. die bereits seit 1914 schwebende Frage der Gehaltserhöhung nunmehr zum Abschluß zu bringen.

Trifft der Magistrat jetzt allerdings keine zufriedenstellende Entscheidung, so wird die Angelegenheit in 14 Tagen noch einmal vor dem Ausschuss verhandelt und wird alsdann ein Schiedsspruch gefällt.

In einer längeren und lebhaften Aussprache kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß die Angestellten und Hilfsarbeiter unter den bisherigen Verhältnissen nicht mehr weiterexistieren können. An einigen Beispielen wurde die ungenügende Not besonders drastisch illustriert. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird gesagt, daß die Magistratsvorlage zur Erhöhung der Kriegszulagen den berechtigten Anforderungen der Angestellten nicht gerecht wird. Insbesondere müsse dringend gefordert werden, daß auch die bisherige Feuerungszulage der Unverheirateten um mindestens 10 M. für den Monat erhöht wird. Ebenso müsse verlangt werden, daß die Erhöhung nicht erst am 1. Juli in Kraft tritt, sondern bereits am 1. Mai, da sonst die Auszahlung der erhöhten Sätze erst am 1. August erfolgen würde. Die Versammlung hofft, daß die Stadtverordnetenversammlung diesen bescheidenen Wünschen noch Rechnung tragen wird.

Daneben dürfe aber die seit Jahren brennende sofortige Aufbesserung der Gehälter und Tagesgehälter um so weniger weitergeschoben werden, als auch der Hilfsdienstauschuss sie für dringend notwendig erklärt habe. Der bisherige Zustand, daß die Stadt Berlin von allen privaten und behördlichen Arbeitgebern in Berlin die geringsten Gehälter zahlt, sei bei der heutigen Lage unhaltbar. Die Versammelten erwarten, daß nunmehr die Angelegenheit schleunigst zu einem den Wünschen der Angestellten entsprechenden Abschluß gebracht wird, sie halten ihre Forderung einer durchgängigen Aufbesserung um 40 M. für den Monat aufrecht.

Es wäre wirklich höchste Zeit, daß der Magistrat diese mangelhaften Verhältnisse in der Bezahlung seiner Angestellten durch eine angemessene Erhöhung beseitigt.

## Ausland.

### Finnland.

Seit der Revolution haben die Gewerkschaften Finnlands sich gewaltig entwickelt. Beim letzten Jahreswechsel hatten die Organisationen rund 70 000 Mitglieder und bei Ausbruch der Revolution über 80 000. Seitdem ist die Zahl auf über 100 000 gestiegen. Der gewerkschaftliche Landeszentrale haben sich neu angegeschlossen: der Eisenbahnerverband, der Postverband, die Vereine der Lokomotivführer und der Heizer, der Verband der Gefangenwärter, sowie der Landesverein des Zollpersonals.

## Parteinachrichten.

### Aus den Organisationen.

Am 17. Juni hat eine Kreismitgliederversammlung des vierzehnten sächsischen Reichstagswahlkreises in Borna den Uebertritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen.

Vor seinen Wählern sprach am Montag Reichstagsabgeordneter Genosse Feldmann in Freiburg i. Schlef. über das Thema: „Dem Frieden entgegen“. Seine Ausführungen fanden den einmütigen Beifall der Riesenversammlung. Saal und Galerie des großen Versammlungssaals „Zum Anker“ waren dicht besetzt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Neuf i. Linie hat Sonntag mit 58 gegen 5 Stimmen beschlossen, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beizutreten. Der Abg. Wandert sprach gegen den Uebertritt.

## Industrie und Handel.

### Die Bedrohung der englischen Baumwollindustrie durch Indien.

Eine bei uns bisher wenig beachtete Kriegswirkung von weittragender Bedeutung besteht in der Konkurrenz, die dem englischen Ausfuhrhandel durch die fortschreitende Industrialisierung Indiens droht. In diesem Zusammenhang erscheint der Ausschuss bedeu-

tungsvoll, den die indische Regierung im Vorjahre zur Prüfung einer Entwidlung der indischen Industrie einlegte, mit der Anweisung, im Sommer 1917 Bericht zu erstatten. Wie der „Prometheus“ ausführt, soll hauptsächlich untersucht werden, ob es neue Gebiete zur Anlage indischer Kapitals in Industrie und Handel gibt, außerdem ist die Einführung einer Schutzpolitik für die indische Industrie geplant. Diese ganze Bewegung, die wie weiter unten dargelegt wird — der britischen Industrie sehr unangenehm zu werden vermag, soweit das Inselreich in Frage kommt — gilt vornehmlich der Baumwollindustrie und ihrer Zukunft in Ostindien. Letzteres hat mit seinen mehr als 300 Millionen Einwohnern einen bedeutenden Bedarf an Industrieerzeugnissen im allgemeinen und Baumwollwaren im besonderen. Da man aber keine eigenen Erfahrungen in der Fabrikation von Baumwollergzeugnissen hatte, und da das indische Kapital von industriellen Unternehmungen zurückgehalten wurde, wanderte die Baumwolle des Landes zum großen Teile nach England, wo sie verarbeitet wurde, um mit großem Gewinn für das Inselreich in Gestalt fertiger Ware zurückgeliefert zu werden. Im Rechnungsjahre 1913 und 1914 z. B. wurde die Ausfuhr von Baumwollwaren von Großbritannien nach Indien mit ungefähr 900 Millionen Mark bewertet. Mit Hinzurechnung noch anderer industrieller Erzeugnisse führte Großbritannien in diesem Zeitabschnitt Waren für insgesamt 1 1/2 Milliarden Mark nach Indien aus. Ueber die außerordentliche Bedeutung, die bis zum Kriegsausbruch Indien als Absatzgebiet für die britische Baumwollindustrie anlangt, ist daher kein Wort zu verlieren, und ohne das indische Absatzgebiet hätte die britische Baumwollindustrie zweifellos überhaupt nicht ihren hohen Stand zu erreichen vermocht. Da nun im Kriege die britischen Fabriken wegen Schiffsräumangel und Mangel an Arbeitern sowie wegen starker Inanspruchnahme zur Erzeugung von Kampfmitteln ihre Tätigkeit für die Ausfuhr beträchtlich verringern mußten, trat in Indien ziemlich schnell ein Mangel an Baumwollwaren ein, wodurch der Anreiz zur Vergrößerung der eigenen Erzeugung in immer stärkerem Maße gegeben war. Bereits 1914/15 wurden von der indischen Erzeugung an Baumwolle 40 Proz. in Indien selbst bearbeitet, im Rechnungsjahre 1915/16 aber 65 Proz. Wenn diese Steigerung in gleicher Weise anhält, wird allem Anschein nach in nicht mehr ferner Zeit die ganze indische Baumwollernie im Lande selbst bearbeitet werden. Infolgedessen müßte England so ziemlich auf den Bezug des Rohmaterials aus Indien verzichten und ebenso auf die Gelder, die es durch Verarbeitung des Rohmaterials und Wiederausfuhr erzielt. Diese ganzen Verhältnisse haben auch noch für andere Industrien Indiens Geltung, so daß man schon jetzt festzustellen vermag, daß der Krieg eine starke Industrialisierung Indiens hervorruft. Da die Weltmarktstellung Großbritanniens zu einem nicht geringen Teil auf seinem Handel mit Indien beruht, droht dem Inselreich also tatsächlich eine schwere Schädigung.

### Der Rückgang der Mark.

Der scharfe Preisrückgang, den die Reichsmark in den letzten Wochen auf den neutralen Auslandsmärkten erfahren hat, ist zu einem, wenn auch nicht sehr erheblichen Teile, wieder eingebolt. Die „Kölnische Zeitung“ spricht von dem Gerüchte, daß das bekannte amerikanische Bankhaus Morgan den Kurssturz der Reichsmark durch plötzliche Abgabe von 30 Millionen Mark in Zürich und Amsterdam mit herbeigeführt habe.

### Die Gratisaktien der Daimler-Motoren-Akt.-Ges.

Wie berichtet, streben Aktionäre der Daimler-Motoren-Akt.-Ges., deren Anlagen ein Vielfaches des Aktienkapitals von 8 Millionen Mark repräsentieren, eine besondere Zuwendung aus den erzielten Riesengewinnen an. In einer Zuschrift an die Berliner Handelsblätter wird geäußert, daß man an Gratisaktien denke, „es müsse vielmehr die Kapitalerhöhung abhängig von dem wirklichen Kapitalbedarf der Gesellschaft sein“.

Nun gehen gerade die nach höherer Gewinnbeteiligung strebenden Aktionäre von dem Gedanken aus, daß die Gesellschaft an Vign-überfälle krank, daß sie zu viel Geld habe. Wo angesichts der glänzenden Bilanz dieses Unternehmens der „wirkliche Kapitalbedarf“ herkommen soll, ist ein Rätsel. Das Gerücht von ihm hat nur den einzigen Zweck, das Gewissen der zuständigen Aufsichtsbehörden und der öffentlichen Meinung einzuschlängeln. Wird es gelingen?

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Griebenerstr.; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Inserate: Dr. W. W. Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungswelt.

Extra-Preise

# A. WERTHEIM

## Emaille- und Wertschafts-Artikel

Donnerstag  
bis Sonnabend

Schmortöpfe ohne Ring 2.10 bis 5.25  
Kochtöpfe mit Bügel 1.70 bis 2.90  
Doppelkochtöpfe 4.00  
Maschinentöpfe 55 Pf. bis 1.80  
Kasserollen ohne Ring 1.45 bis 3.00  
Kasserollen flache 40 Pf. bis 1.10

Wasserkessel für Gas 1.50 bis 5.25  
Wasserkessel m. Absatz 2.00 bis 6.50  
Kartoffeldämpfer 5.00 bis 8.00  
Milchkocher 2.25 3.40  
Pfannen runde 75 Pf. bis 2.25  
Pfannen runde, tief 1.10 bis 1.90

Wasserkrüge 2.75 bis 5 M.  
Wasserkrüge dekoriert 3.85 5.65

Kaffeekannen 1.30 bis 2.00  
Milchtöpfe konisch 55 bis 75 Pf.  
Fassen m. Untertassen 60 Pf. bis 1.10  
Teller 45 60 Pf.  
Essenträger mit Bügel 1.70 bis 2.50  
Schöpflöffel 60 bis 75 Pf.

Teigschüsseln 1.80 bis 8.50  
Küchenschüsseln 40 Pf. 2.70  
Ebnäpfe 65 Pf. bis 2.00  
Gemüseschüsseln oval 70 Pf. bis 2.20  
Gemüseschüsseln rechteckig 90 Pf. bis 3.40  
Tassensiebe 25 Pf.

## Ständiger Verkauf. Eisschränke bestes Fabrikat mit Zink- oder Glasplatten

Obst- und Gemüsedörren 80 Pf. 2.00  
Einkochdosen 60 80 Pf.  
Blumenampeln 50 Pf. bis 1.90  
Blumentropfhalter 40 50 60 Pf.  
Fliegenklatschen 45 Pf.  
Gurkenhobel 75 Pf. bis 1.15  
Toilettepapier-Kasten 1.60

Brotkästen lackiert 5.00  
Gebäckkasten lackiert 65 bis 90 Pf.  
Büchsen für Kaffee u. Zucker 50 65 Pf.  
Brotkörbe lackiert 1.80  
Kaffeebretter Eiche 1.80 bis 4.00  
Kleiderbügel mit Strecker 90 Pf.  
Reisekleiderbügel 18 Pf.

Waschgarnituren Emaille, dekoriert 14.25 16.25  
Schlafzimmer-Eimer Emaille, dekoriert 8 M. 9.50

Wäschetrockner 10 Stäbe 1.35  
Wäscheklammern Schock 30 35 Pf.  
Wäscheklammern m. Feder Schock 1.00  
Kohlenplättchen 3.60  
Fleischhackmasch. „Unikum“ 9.50  
Fleischhackmaschinen „Ideal“ 22.50 25.00  
Messerputzmaschinen 9.00

Teppichkehrmaschinen 19.00 22.00 26.00  
Roßhaarbesen Ia Ausf. 4.50 bis 5.40  
Roßhaarhandfeger Ia Ausf. 2.25 bis 3.40  
Rutenbesen 85 Pf.  
Staubwedel 55 Pf. bis 3.20  
Kopfbürsten 1.60 bis 3.15  
Kleiderbürsten 1.60 bis 2.90

Schellfisch Pfund von 85 Pf. an  
Steinbutten (groß, mittel und klein) Pfund von 1.20 an  
Dorsch Pfund von 85 Pf. an  
Kabliau mit Kopf, Pfd. von 1.30 an  
Rotzungen Pfund 1.25  
Seezungen Pfund von 2.60 an  
Frische Aale Pfund 3.90  
Seelachs Pfund 1.50

Tarbutten Pfund 1.30  
Große Koch-Schollen Pfd. 1.60  
Geräucherter Seelachs  
Geräucherte Bücklinge } zu Tagespreisen  
Geräucherte Makrelen } zu Tagespreisen

# Lebensmittel

Junge Kohlrabi Pfd. 85 Pf.  
Junger Wirsing Pfd. 55 Pf.  
Schoten Pfund 70 Pf.  
Zwiebeln 3 Stück 10 Pf.  
Radieschen Bund 7 Pf.  
Salat Kopf 10 Pf.  
Erdbeeren } zu Tagespreisen  
Spargel } zu Tagespreisen

Caviar-Ersatz Pfund 2.50  
Sprott-Makrelen 1/4 Pfd. 60 Pf.  
Geräucherter Lengfisch 1/4 Pfund 90 Pf.  
Fludern geräuch., Pfd. von 90 Pf. an

Geräucherter Ostsee- u. Rhein-Lachs ausgeschnitten  
Marinierte Ostsee-Delicateß-Heringe  
Marinierte Delicateß-Sardinen  
Geräuch. Aale Pfund von 6.00 an  
Fette Suppenhühner } zu Tagespreisen  
Junge Tauben } zu Tagespreisen  
Junge Saatkrähen } zu Tagespreisen

Die Sozialdemokratie und der Frieden.

Der Sozialdemokratische Verein für Berlin VI (S. P. D.) veranstaltete am Dienstag im Germaniaaal eine gut besuchte Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Wolfgang Thierack einen Vortrag hielt über das Thema: Die Sozialdemokratie und der Frieden.

Wenn wir von Anfang an die richtige Stellung zum Kriege eingenommen und uns von einer Verherrlichung des Krieges ferngehalten haben, so kommt das daher, daß wir, gemäß den von Marx und Engels begründeten, von Liebknecht und Bebel geleiteten sozialistischen Grundgedanken, Einblick in die Verhältnisse hatten und die treibenden Kräfte erkannten, die zum Kriege geführt haben.

Wir haben versucht, die internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, die Franzosen und Engländer haben es abgelehnt. Die deutschen und die österreichischen Sozialdemokraten sind die einzigen, die als Vertreter kriegerischer Länder nach Stockholm gegangen sind.

Die Regierungen der kriegsführenden Länder haben sich in eine Sackgasse verfaunt. Die deutsche noch am wenigsten, aber sie ist auch nicht ganz freizusprechen. Aber die anderen Regierungen haben sich völlig verrannt.

Meine Hoffnung, daß die Regierungen zusammenzutreten werden, um über den Frieden zu beraten, ist sehr gering. Die deutsche Regierung kann es. Sie hat bis jetzt am meisten für den Frieden getan.

Die deutsche Sozialdemokratie hat gesprochen. Ich denke, andere werden ihr auf diesem Wege und mit diesen Worten folgen. Es gilt nicht nur aus diesem Kriege herauszukommen, sondern auch Zustände zu schaffen, welche die Wiederkehr von Kriegen verhindern.

Wir Sozialdemokraten haben das erste Wort gesprochen, wir werden auch die weitere Arbeit für den Frieden in die Hand nehmen. Uns fällt aber auch im Innern des Reiches die Aufgabe zu, den Einfluß der Leute zu beseitigen, auf deren unheilvolles Wirken ein großer Teil der Schuld am Kriege zurückzuführen ist.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Mitgliederversammlung des sechsten Berliner Wahlkreises billigt die Bemühungen des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion und der Gewerkschaften für die Herstellung der Internationalen und für Erreichung eines auf Verständigung, nicht Vergewaltigung, beruhenden Friedens.

14. Genossenschaftstag.

Nürnberg, 19. Juni.

„Aufbau des Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens und der Bericht der Fortbildungskommission“.

Hierüber sprach Adolf Kupprecht-Berlin. In 10 Unterrichtskursen wurden 300 Vorstandsmitglieder unterrichtet. Nach dem Ergebnis kann man sagen, daß die Kurse nicht vergebens waren.

In der Debatte spricht nur Frau Steinhilf-Hamburg, die verlangt, daß die weiblichen Kräfte nicht weiter in zweiter Linie stehen sollen, ihnen gebühre der Hauptanteil an der Schulung.

„Die öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher“ spricht Franz Feuerstein-Stuttgart. Er begründet folgende Entschliessung:

Der am 17. und 18. Mai in Magdeburg tagende Generalrat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat beschlossen, den am 18. und 19. Juni dieses Jahres in Nürnberg stattfindenden Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu besuchen.

I. Das durch den Krieg schwer geschädigte Wirtschaftsleben des deutschen Volkes bedarf für den Wiederaufbau und die zweckmäßige Organisation zur gesunden Weiterentwicklung nach dem

Kriege auch der Mitwirkung bereits organisierter wirtschaftlicher Volksträfte.

Für diesen Zweck in erster Linie, aber auch zum vorbeugenden Schutz der Verbraucherinteressen bei der wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge ist es durchaus geboten, daß auch die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher in den öffentlichen Interessenvertretungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Wort kommen.

II. Im Hinblick darauf erscheint es als eine im Interesse der Allgemeinheit liegende dringliche und verantwortliche Aufgabe der Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten, unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß den konsumgenossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes stehende ständige Vertretung eingeräumt wird.

Die Entschliessung wird einstimmig angenommen. Ueber Mitteilungen über den

Internationalen Genossenschaftsbund

spricht Heinrich Lorenz-Hamburg. Das „Internationale Mitteilungsblatt“ erscheint in 1800 Exemplaren. Die französische Ausgabe, die einige Zeit eingegangen war, erscheint jetzt wieder, so daß das Blatt in allen angeschlossenen Ländern gesichert ist.

An den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich keine Diskussion.

Ueber die

Tätigkeit des Tarifamtes

berichtet wieder Heinrich Lorenz-Hamburg. Er weist besonders darauf hin, daß von Gewerkschaften darüber geklagt wird, daß die neu in einzelnen Bezirken getroffenen Abmachungen zwischen den Revisionen über die Zeuerungszulagen leider nicht im vollen Umfange eingehalten werden.

Als Beifall zum Tarifamt werden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

Vorsitzender Barth teilt mit, daß im ganzen 410 Organisationen mit 913 Delegierten einschließlich der Gäste vertreten sind; 416 Vertreter sind stimmberechtigt.

In die Fortbildungskommission wird an Stelle des verstorbenen Genossen v. Elm der Genosse Oberling-Hamburg gewählt.

Die vorgelegte Jahresrechnung wird nach Vortrag von Böttcher-Hamburg genehmigt, dem Vorstand Entlastung erteilt. Hierzu wird der folgende Antrag angenommen:

Der vierzehnte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 18./19. Juni 1917 in Nürnberg beschließt, aus den der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Zuwendungen für allgemeine genossenschaftliche Zwecke im Betrage von 16 000 M. den einzelnen Revisionen über folgende Beträge zuzuwenden:

Table with 2 columns: Name of association and Amount. Includes: dem Verbands bayerischer Konsumvereine 2 100 M., dem Verbands der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten 2 500 M., dem Verbands mitteldeutscher Konsumvereine 1 700 M., dem Verbands nordwestdeutscher Konsumvereine 1 300 M., dem Verbands der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen 2 300 M., dem Verbands sächsischer Konsumvereine 1 100 M., dem Verbands süddeutscher Konsumvereine 1 500 M., dem Verbands Thüringer Konsumvereine 2 000 M., dem Verbands württembergischer Konsumvereine 1 500 M. Summa 16 000 M.

Der vierzehnte ordentliche Genossenschaftstag beschließt ferner, aus den für allgemeine genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten 2 Pf. Rückvergütung pro Exemplar der von den Verbänden abbestellten 600 000 „Konsumgenossenschaftlichen Volksblätter“ (11 800 M.) jedem der beteiligten acht Revisionen über 1400 M. zuzuwenden.

Für zwei turnusmäßig auscheidende Vorstandsmitglieder werden Pape-Dresden und Liebmann-Frankfurt a. M. für drei turnusmäßig auscheidende Ausschussmitglieder Professor Staudinger-Darmstadt, Max Poppel-Zwickau und Friedr. Lösch-Hamburg als Ersatz für v. Elm gewählt.

Der Voranschlag für 1918, der mit 98 000 M. in Einnahmen und Ausgaben abschließt, wird genehmigt, der Beitrag zu den Kosten des Verbandes für 1918 wird in derselben Höhe wie im Jahre 1917 festgesetzt.

Damit ist die Tagung beendet. Ort der nächsten Tagung wird wahrscheinlich Köln a. Rh. sein.

Der Vertreter der Stadt Nürnberg, Reichsrat Dr. Merkel, erbitte sich nochmals das Wort und mahmt den Delegierten herzliche Abschiedsgrüße, wobei er betont, daß er aus den Verhandlungen manches gelernt habe, was bei den großen Aufgaben, vor denen die Stadt Nürnberg steht, vorteilhaft angewendet werden könne.

Vorsitzender Barth spricht den Wunsch aus, daß die nächste Tagung wirklich im Frieden stattfinden werde und schließt den 14. Genossenschaftstag um 12 1/2 Uhr mittags.

# Groß-Berlin

## Deutscher Städtetag und Kohlenversorgung.

Die am letzten Sonnabend gefasste Entscheidung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages zur Kohlenversorgung hat folgenden Wortlaut:

Die Versorgung der Städte mit dem dringendsten Bedarf an Brennstoffen beansprucht nur einen geringen Teil der deutschen Kohlenproduktion, ist aber für die städtische Bevölkerung genau so wichtig wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Während es Aufgabe nur der Stadtverwaltungen sein kann, nach Möglichkeit der den Städten zugewiesenen Kohlenmengen den Verbrauch durch die Bevölkerung zu regeln, ist es Aufgabe nur des Reichs, die Kohlenförderung mit allen Kräften zu steigern und die Herausforderung des den Städten zukommenden Anteils sicherzustellen. Hierzu bedarf es schnellsten und von größter Tatkraft getragenen Handelns, insbesondere ist, daß die Sommermonate mit der verhältnismäßig geringen Belastung der Eisenbahnen zielbewußt ausgenutzt werden. Da die bisher bekannt gewordenen Maßnahmen der zentralen Stellen nicht als ausreichend erachtet werden können; da auch der Versuch des Vorstandes des Deutschen Städtetages, dem Reichsminister durch eine Abordnung das ganze Schwergewicht der Frage zu entwickeln, bisher einen Erfolg nicht gehabt hat; so muß sich der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages für verpflichtet halten, mit härtestem Nachdruck auf die übertragene Wichtigkeit der Brennstoffversorgung der Städte hinzuwirken. Die Herbeischaffung des Brennstoffes für die Bedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung bei selbstverständlicher Beschränkung auf das Notwendigste steht in einer Linie mit der Beförderung der Rüstungsindustrie.

Wie wir erfahren, ist inzwischen der Leiter der Reichsstelle für die Kohlenverteilung, Geheimrat Vergrat Fuchs, aus seinem Amt geschieden.

## Die Kohlenversorgung von Groß-Berlin.

Die Verhandlungen der Unterkommission für die Durchführung der Kohlenversorgung sind so gut wie abgeschlossen, so daß die entsprechenden Verordnungen in der nächsten Woche zu erwarten sind. Um der Kohlenhandelserei in Brüssel ein Ende zu bereiten, ist zunächst eine Verordnung geplant, die eine vorläufige Kohlenperze in sich schließt. Gleichzeitig damit wird eine Wohnungs- und eine Kohlenbestandsaufnahme vor sich gehen. Die Durchführung der Organisation ist so gedacht, daß dem freien Handel die ganze Regelung der Verteilung überlassen werden soll, allerdings nach bestimmten Grundregeln.

Als erster gilt, daß die Händler vom Spindat mit 70 Proz. ihres Kohlenbedarfs für den Winter 1915/16 beliefert werden sollen. Der letzte Winter ist nicht berücksichtigt worden, weil ein Brüsselbescheid durch Gründung einer Tochtergesellschaft den Selbstvertrieb übernahm, dadurch den freien Handel ausschalten wollte und somit zur Steigerung der Kohlenverteilung im letzten Winter beigetragen haben soll. Eine Kohlenkarte ist nicht vorgesehen, sondern es ist die Ausgabe von Kohlenbezugscheinen geplant, die jede einzelne Haushaltung erhält und auf dem der Kohlenhändler das gelieferte Quantum bemerken soll.

Die Kohlenration soll in drei Raten abgegeben werden. Zunächst erhält jede Haushaltung auf das Mittelstück ihrer Haushaltungskarte, also nicht etwa pro Kopf, für die Sperrzeit zwei Zentner Bräunle. Sodann wird eine Verteilung nach Räumen vorgenommen. Jeder Haushalt bekommt zunächst nur die Hälfte der ihm zugeordneten Menge und zwar: Für einen Wohnraum — Zimmer oder Küche 5 Zentner, für zwei Wohnräume — Küche und Küche — 10 Zentner, für drei Wohnräume 15 Zentner, für vier und fünf Wohnräume 20 und für sechs und mehr Räume 30 Zentner. 1 Zentner Bräunle gilt gleich 110 Stck. Da er mit diesem Quantum also zweimal beliefert wird, so erhält er in Bräunle die doppelte Menge, außerdem noch die 2 Zentner in der Sperrzeit.

Da die staatlichen Stellen die 70 Proz. Kohlen bestimmt in Aussicht gestellt haben, so kann erwartet werden, daß die geradezu unhaltbaren Verhältnisse des vorigen Winters nicht wiederkehren werden. Ob jeder einzelne reiflos und rechtzeitig in den Besitz seines Quantum kommen wird, scheint uns bei dem in Aussicht genommenen Kontrollsystem noch nicht festzustellen. Wenn man schon eine Kontrolle durchführen will, so kann diese nicht nur bei den Konsumenten, sondern muß in erster Linie beim Lieferanten durchgeführt werden. Zu dem Zweck dürfte es vorteilhaft sein, trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten eine Kohlenkarte mit Abschritten einzuführen, durch die auch jederzeit der Kohlenhändler kontrolliert werden kann. Tut man das nicht, so ist zu befürchten, daß die im vorigen Winter und auch jetzt zur Genüge bekannt gewordene Mißstände der Kohlenhändler neue Mißstände hervorgerufen wird. Bei der Staffellung nach Heizräumen hätte man die Höchstgrenze auf 5 heizbare Räume festlegen sollen, so daß die letzte Stufe mit 36 Zentner ruhig wegfallen könnte.

Eine wichtige Frage bildet noch die Preisfrage. Bekanntlich beträgt der Höchstpreis für geringere Partien 17,50 M. pro 1000 und für 1½ 18 M. Trotzdem diese Preise reichlich hoch sind, ist bereits eine nochmalige Kohlenverteilung in Aussicht genommen, die man im Interesse der Konsumenten aufs äußerste bedauern möchte. Aber auch dem Kohlenhändler sollte man energisch zu Leibe gehen. Werden doch heute schon vielfach Preise von 25 M. pro 1000 Kohlen gefordert. Es wird also dringend nötig sein, auch auf die Preisgestaltung das nötige Augenmerk zu richten.

## Der Kündigungsbrief für den Kriegsteilnehmer.

Wie kann der Hauswirt einen Mieter, der zum Heere einberufen ist, eine Kündigung zugehen lassen? Diese Frage dürfte jetzt, wo die Wohnungsbedingungen und Mietsteigerungen an der Tagesordnung sind, manchen kriegsteilnehmenden Hauswirt beschäftigen. Aus Charlottenburg erfahren wir, daß ein Hauswirt ein paar feiner zum Heere einberufenen Mieter während ihres Heimaturlaubes mit Kündigungsbriefen überrannte. Er wird nicht der einzige sein, der Kriegsteilnehmer den langersehnten Genuß des Urlaubs durch einen derartigen Willkommengruß würgt. Wer jetzt aus dem Felde heimkehrt wird und in die Heimat zu den Seinen eilt, kann nicht wissen, ob nicht auch sein Hauswirt, weil er mehr Miets aus der Wohnung herauszuschlagen will, ihn mit einem Kündigungsbrief begrüßt. Der Charlottenburger soll sogar geäußert haben, daß er — so versand ihn die Frau eines Kriegsteilnehmers — die Kriegsteilnehmer überhaupt aus seinem Hause „raus haben will“. Er verlangt mehr Miets als bisher und hofft wohl, sie von nicht zum Heere einberufenen Mietern sicherer zu kriegen, wobei er auch um die unbenutzte Notwendigkeit eines Mietnachlasses herumkommt. Derselbe Hauswirt hat gegenüber der erkrankten Kriegsteilnehmerin ein lebhaftes Verlangen bekundet, die Feldpost ihres Mannes zu erfahren. Der Grund dieser auffälligen Mißbegier ist offenbar zu suchen in dem Wunsch des Hauswirts, dem Kriegsteilnehmer eine Kündigung ins Feld zu schicken. Sogar an den Vriestäger soll er sich mit der Frage gewandt haben, ob er nicht von ihm die Adresse des Mannes erhalten könnte. Die Vriestäger wissen, daß sie einen schlimmen Vertrauensbruch begangen, wenn sie die ihnen etwa aus Postsendungen bekannt gewordenen Feldpostadressen von Kriegsteilnehmern weitergeben. Selbstverständlich holt so ein Hauswirt sich da die fruchtlose Abfuhr, die er verdient.

## Wo bleibt die Autorität der Reichsstellen?

Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen schreibt: Die Kriegsverhältnisse lassen auch den alten Grundgesetz nicht unberührt, nach welchem die untergeordneten Stellen sich nach den

Verfügungen der übergeordneten Behörden zu richten haben. Das sieht man recht deutlich an einer Maßnahme der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die im April verfügt hat, daß es den Bezirksstellen gestattet sei, zu den damals schon festgelegten Erzeugerpreisen für Obst bis zu 50 Proz. zuzuschlagen und auf diese Weise Erzeugerhöchstpreise zu schaffen. Die Bezirksstelle Potsdam hat sich gleichwohl die Freiheit genommen, mehr als 50, sondern in einem Falle (bei Erdbeeren) sogar 100 Proz. auf die Richtpreise aufzuschlagen. Die Reichsgemeinschaft hat ferner verfügt, daß die Zuschläge für den Großhandel nicht mehr als 15 und für den Kleinhandel nicht mehr als 30 Proz. betragen dürfen. Trotzdem hat, und zwar ungeachtet des Widerspruchs der Reichsstelle, der Oberbürgermeister von Berlin den Kleinhandlern einen Zuschlag von 33 1/2 Proz. bewilligt. Die Reichsstelle befragt offenbar nicht die Macht, diesen beiden Instanzen gegenüber ihren Willen durchzusetzen und so hat sich der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen im Interesse der Berliner Verbraucher geäußert, das Kriegsernährungsamt und den preussischen Herrn Staatskommissar für Volksernährung um ein baldiges recht nachdrückliches Einschreiten zu ersuchen.

## Gegen Preisdrückerei in Vienenhonig.

Das Wittenbergblatt des Kriegsernährungsamtes schreibt: Die wieder einziehende spekulative Preisdrückerei in Vienenhonig wird es voraussichtlich nötig machen, in nächster Zeit Höchstpreise für Honig festzusetzen. Zugleich sollen alle bisher über Höchstpreise abgeschlossenen Verträge über Lieferung von Honig für nichtig erklärt werden. Vorsicht bei Abschluß solcher Verträge ist also schon jetzt zu empfehlen.

Hoffentlich wird man nicht so lange wie bei den Säufen warten, um diesem Unkraut Einhalt zu gebieten. Kostet doch Vienenhonig, der vor dem Kriege mit 1,20 M. pro Pfund gehandelt wurde, heute bereits in den Arbeitervierteln 0,60 M. pro Pfund.

## Städtische Deputation für die Straßencleaning.

Der Direktion der städtischen Straßencleaning ist ein neues Arbeitsgebiet zugewiesen. Durch Beschluß des Magistrats vom 23. März d. J. ist, wie wir bereits mitteilten, ein städtisches Fahr- und Straßenreinigung unter der Kontrolle der Deputation beauftragt worden ist. Dem Fahr- und der gesamten Fahr- und der städtischen Verwaltung unterstellt, sowohl der des Pferdebetriebs, als auch des Automobiltetriebs in seinen beiden Abteilungen der Lastwagen und der Personenerführung. Durch das neue Amt soll für alle Verwaltungsstellen nach einheitlichen Grundregeln die Anschaffung, Ausnutzung und Instandhaltung des Fuhrparks gesichert werden.

Von der Direktion wird vierteljährlich der Deputation über die Tätigkeit des Fuhrparks Bericht erstattet, wodurch der Deputation die Möglichkeit gegeben wird, etwa sich ergebende Mängel abzustellen und dem Bedarfs entsprechend die Organisation auszubauen.

Bei der Dedung des Fuhrparks hat sich herausgestellt, daß privates Fuhrwerk in überhöflicher Zahl vorhanden ist, wodurch der private Bedarf zu angemessenen Preisen gedeckt werden kann.

Von dem Personal der städtischen Straßencleaning sind 1280 Mann zum Heeresdienst eingezogen. Der gegenwärtige Mannschafbestand beträgt, die Arbeitsmaschinen einbezogen, 1400. Die Beschaffung des Materials für die Wasen und Befestigung der Walzen der Rechenmaschinen ist fast unmöglich in der jetzigen Form. Die Proben mit Ersatzstoffen werden dauernd ausgeführt, zu einem abschließenden Resultat sind dieselben aber noch nicht gekommen.

Für einen Wagen, der vor dem Kriege für 1,40 bis 1,70 M. geliefert wurde, werden jetzt 14,50 M. verlangt. Die Befestigung der Walzen der Rechenmaschinen hat eine Preissteigerung von 40 M. vor dem Kriege bis zu 283 M. erfahren, wobei noch mit in Kauf genommen werden muß, daß die mit Ersatzstoffen für Pfahnen besetzten Walzen nur eine Gebrauchsfähigkeit von 20 Tagen besitzen. Aus dieser Notlage ist ersichtlich, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind, den auf Berlin als reinlichste Stadt aufrecht zu erhalten. Drei Witten versöhlicher Arbeiter, denen nach der Rationierung ein Anspruch auf Rente nicht zustand, wurde je eine laufende Unterstützung bewilligt, entsprechend der Dienstzeit des Verstorbenen.

Wiederholtes Verfahren eines Hausbesizers. Ueber das von uns bereits charakterisierte Verfahren der Hausverwaltung in Lichtenberg, Gärtelstr. 19 (Eigentümer: Isaac Brandt, Vertreter: Magistratssekretär Weithel) teilt uns ein Bewohner des Hauses ergänzend mit, daß jetzt tatsächlich selbst den Mietern, die sich mit einer Mieterhöhung zum 1. Oktober einverstanden erklärt haben, die Wohnung gekündigt worden ist, wenn sie den höheren Preis nicht schon vom 1. Juli ab zahlen wollen. Der Mietvertrag berechtigt den Hauseigentümer zu einer Steigerung erst dem Oktober an. In normalen Zeiten würde der Herr bzw. sein Vertreter ein derartiges Vorgehen auch nicht riskieren. Heute aber befinden sich die Mieter wegen der Kosten und Schwierigkeiten eines Umzugs, die vielen einen Wohnungswechsel einfach unmöglich machen, in einer Zwangslage, und diese Zwangslage wird ausgenutzt. Die Behörden aber rufen sich noch immer nicht!

Verhätete Veranlagung zur Gemeindefiskussteuer. Infolge der Schwierigkeiten, die den Veranlagungskommissionen durch die diesjährige gleichzeitige Veranlagung der Pächter und Kriegsteilnehmer erwachsen sind, sind der städtischen Steuerverwaltung bisher Mitteilungen der Veranlagung Steuerpflichtiger mit Einkommen von mehr als 5000 M. zur Staatseinkommen- und Ergänzungsteuer nur im ganz beschränkten Umfang zugegangen. Voraussichtlich wird das fragliche Material bis Ende dieses Monats eingehen. Mit Rücksicht hierauf wird die Steuerverwaltung die Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Gemeindefiskussteuer erst in den Monaten Juli und August durchführen können. Im Interesse der etwa verreisenden Steuerpflichtigen macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß es zur Wahrung der Einspruchsfrist geboten sein wird, für sachgemäße Annahme und Nachsendung der zur Aufhebung gelangenden Veranlagungsbenachrichtigungen Sorge zu tragen.

Mandatübertragung. Stadtverordneter Vammeier Schicht aus Wilmsdorf hat sein Mandat niedergelegt, da er von dort fortzieht. Es war 1912 im Ostteil Halensee in der ersten Wählerabteilung zum Stadtverordneten gewählt worden.

Ueber die Gefangenbehandlung auf den Berliner Polizeiwachen hat der Berliner Polizeipräsident durch eine neue Verfügung eine eingehende Dienstuntersuchung erlassen. Danach darf eine Fesselung des Gefangenen nur bei erheblichem Widerstande und nur auf Anordnung und im Beisein des Wachtmeisters erfolgen, wobei jede Härte zu vermeiden ist. Die Fesselung darf nur bis zur Erreichung des Zweckes ausgebeugt, Grund, Art und Dauer muß im Tagebuch beurkundet werden.

Feldpostbriefe, die ihn nicht erreichen. Feldpostbriefe werden bei den Postanstalten täglich in großer Zahl aufgeliefert, die das zulässige Gewicht von 50 Gramm überschreiten, ohne daß die Sendungen frankiert sind. Hauptächlich geschieht dies mit Tageszeitungen und illustrierten Zeitschriften. Die Briefe müssen nach den Vorschriften der Post an die Absender zurückgegeben werden. Zu sehr vielen Fällen ist dieser aber aus den Sendungen nicht bemerkbar. Die Briefe müssen deshalb als unanbringlich behandelt werden. Für den Absender wie für den Empfänger entstehen daraus betragsmäßige Unannehmlichkeiten. Diese können die Absender vermeiden, wenn sie die Bestimmungen beachten, daß Feldpostsendungen nur bis zum Gewicht von 50 Gramm portofrei befördert werden. Auch ist die jedesmalige Angabe des Absenders auf den Feldpostsendungen unbedingt nötig.

Eine neue städtische Volksbühne wird Montag, den 25. Juni, abends 6 Uhr, im Schauspieltheater Str. 30/31 eröffnet werden. Sie ist an den Wochentagen von 6—9 abends und an den Sonntagen vormittags von 10—12 Uhr jedermann zugänglich. Die Benutzung ist unentgeltlich.

Fünf Personen beim Baden ertrunken. Trotz aller polizeilichen Warnungen, an verbotenen Stellen zu baden, haben sich in diesem Sommer die Fälle gemehrt, in denen Personen, die die Warnungstafeln nicht beachteten, ertrunken sind. So werden vom letzten Sonntag allein fünf derartige Unglücksfälle in den märkischen Seen und Gewässern gemeldet. Im Rädersee ging ein junger Türke, der im Reisingwerl beschäftigt war, am Sonntagmorgen, als er ein Bad nahm und sich zu weit hinaus wagt, unter. Am Nachmittag ertrank beim Baden in einem Teich in Reuenhagen die 23jährige Tochter eines Berliner Eigentümers J. Die Leiche konnte eine Stunde darauf geborgen werden. Am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr ertrank in einer Badeanstalt in Mathenow der 10jährige Schüler Walter Loth, der sich, des Schwimmens unkundig, zu weit in die Havel hinausgewagt hatte und von der stärksten Strömung fortgerissen worden war. Am gleichen Tage vormittags unternahm mehrere Soldaten von der Garnison Brandenburg a. H. eine Bootsfahrt auf der Havel. Einer der Soldaten sprang dabei ins Wasser, um ein Bad zu nehmen, und ging sofort unter. Der so jäh ums Leben gekommene hatte im Kriege fünf Schwere Verwundungen erlitten, von denen er jedesmal glücklich geesit worden war. Beim Einfluß der Wässer der Siemenschen Fabrik in die Spree badete am Sonntagnachmittag der 12jährige Karl Müller aus Charlottenburg. Er geriet in die dort besonders starke Strömung des Flusses, wurde fortgerissen und ertrank.

Neufölln. Allgemeine Mietsteigerung. Der Bund der Neuföllner Grundbesitzer, die Vereinigung sämtlicher Ostteilbesitzer, hat beschlossen, den Mietern eine allgemeine Mietpreissteigerung aufzuerlegen. Begründet wird dieselbe mit der Erhöhung der Abgaben — Steuern und sonstigen Hausmieten. Sowohl wie uns überhaupt nicht festgefunden. Wenn einzelne Hausbesitzer gestiegen sind, vor allem wird die Müllabfuhr und der teure Wasserleitungsabgabe angeführt, so darf auch nicht vergessen werden, daß jetzt in der Kriegszeit auch die Ankosten für die Renovierung der Wohnungen bedeutend zurückgegangen sind, da Wohnungen infolge des großen Arbeitermangels wohl nur in den allerletzten Fällen oder gar nicht renoviert werden. Wenn weiter gesagt wird, daß der Hausbesitzer sich gekümmert hat, seine Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, und die Lasten selbst getragen hat, so ist das eine grobe Verfälschung des Publikums. Keine Gemeinde hat soviel für ihren Hausbesitzer durch Mietbeihilfe getan wie Neufölln, so daß der Magistrat in der letzten Sitzung der Kriegsnahrungsamt-Kommission die noch weitergehenden Wünsche der Hausbesitzer mit der Bemerkung ablehnen mußte, bei der Finanzlage Neuföllns könnte er es im Verhältnis zu den übrigen Gemeinden nicht verantworten, noch höhere Aufwendungen zu machen. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß Neufölln wohl die einzige Gemeinde in Groß-Berlin gemein ist, die bei Gewährung von Mietbeihilfen nicht einen bestimmten prozentualen Mietnachlass verlangt, sondern es der Vereinbarung der Parteien überlassen hat, wobei natürlich nicht im entfernten — da der Mieter immer der schwächere Teil ist — ein Mietnachlass von 25 Proz. wie ursprünglich in vielen Groß-Berliner Gemeinden herausgekommen ist.

Zu dieser sehr weitgehenden Fürsorge der Stadt haben sich die Neuföllner Grundbesitzer veranlaßt gesehen, gleichzeitig mit ihren Verlinern und anderen Vorortkollegen diesen großen Fischzug auf ihre Mieter vorzunehmen.

Köpenick. Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung fand n. a. auch eine Festlegung der Kriegszulagen für die städtischen Beamteneinstellen auf der Tagesordnung. Beschlossen wurde, die bisherige Zahlung einzustellen, weil der Staat diese Kosten in Zukunft nach einer bestimmten Skala trägt. Da eine Anzahl Lehrer dadurch geschädigt würden, so wird in der Folge die städtische Zulage um so viel erhöht, als sie mit der bisherigen Kriegszulage differiert. Ferner gab die Versammlung die Genehmigung, einige Lehrer, die bisher mit Lehrern besetzt waren, in Zukunft in Lehrern zu stellen umzuwandeln. Um die großen Abgänge bei der Kostengewinnung zu werten, wurde die Anschaffung einer Kolibri-Kochmaschine beschlossen. Zum Teil dürfte damit der Kostennachteil im kommenden Winter vorgebeugt werden. Mit der Vertagung des städtischen Arbeitsnachweises wurde Genosse Wiyler betraut. Für die nächste Zeit wird er dafür sein Mandat als Stadtverordneter nicht ausüben. Zum Schluß stand noch eine umfangreiche Vorlage für die Erhöhung der Tariflöhne der städtischen Werke zur Debatte. Infolge der Kriegswirtschaft arbeiten alle Werke, wie die Gasanstalt, das Elektrizitätswerk und Wasserwerk, die Straßenbahn und das Kanalisationswerk mit Hinterblanz. Der Magistrat beantragte für alle diese Werke, mit Ausnahme der Straßenbahn, eine beträchtliche Erhöhung der bisherigen Sätze. Auf Antrag wurde diese Vorlage an eine Kommission von 12 Mitgliedern verwiesen und dazu von anderen Vertretern die Genossen Blum, Herbst, Riele, Sühmer und Boik bestimmt.

Weihensee. Mietsteigerung. Die hiesigen Haus- und Grundbesitzervereine sind sich wieder mal einig, handelt es sich doch darum, ihren Mietern auf den Leib zu schlagen. Unter Vorhug des Schöpfens Neues hatten sie den Beschluß, vom 1. Oktober ab die Mieten um 10 bis 20 Proz. zu steigern, mit der Begründung, daß der Zinsfuß der Hypotheken in die Höhe gegangen ist und die Gas- und Wasserpreise sich erhöht haben, ferner auch die staatlichen und kommunalen Abgaben und Steuern, von denen uns bis jetzt noch nichts bekannt ist. Die Erhöhung der Haushaltskosten trifft die Mieter in den meisten Fällen wohl viel schwerer als den Hausbesitzer, und der winzige Nachlaß der Mieten bei Kriegsteilnehmern, den gerade die hiesigen Hausbesitzer durch die günstigen Bedingungen der Gemeinde über sich ergehen lassen mußten, ist kein Grund zur Mietsteigerung, denn nur derjenige Hauswirt hat einen Nachlaß an Miete zu gewöhnen, der weniger als 5000 M. Einkommen verkehrt. Man will nur nicht die anscheinend günstigen Bedingungen der Groß-Berliner Hausbesitzer teilnahmslos vorbeigehen lassen, daher auch wieder mal die Einigkeit der hiesigen Hausbesitzer.

Friedenau. Kriegsfürsorge. Der Gemeindevorstand hat beschlossen, der Kriegsfürsorge der Provinz Brandenburg zur Unterstützung aus dem Kriege zurückkehrenden Krieger der gewerblichen Mittelstandes beizutreten. Auf die Gemeinde Friedenau würde eine Unterstützungssumme von 46 000 M. entfallen. Ferner soll der von den Friedenauer Hausbesitzern bei Gewährung von Mietzuschüssen zu fordern Mietnachlaß auf 10 Proz. herabgesetzt werden. Mietzuschüsse sollen bis zu 40 M. befährt werden. Von der Eröffnung einer eigenen Gemeindeverwaltung, die die Gemeinde schon 1914 grundsätzlich beschlossen hatte, soll während der Kriegsdauer abgesehen werden, da es jetzt nicht möglich ist, die erforderlichen Beamten zu beschaffen.

## Soziales.

### Genossenschaftsarbeit im besetzten Belgien.

Voller Lob und Bewunderung ist ein Bericht des Lütticher Korrespondenten des „Nouvel Rouverdomsch Courant“ über die unermüdbare und erfolgreiche Arbeit, die die Arbeitergenossenschaften im dortigen Gebiet während des Krieges geleistet haben. Der Scheiterer bekennt, aus dem fast gänzlich demüden Belgien des einst so lebhaften Vereins- und Veranlagungslebens in der gut organisiert gewordenen Arbeiterkraft des Lütticher Beckens geschlossen zu haben, daß diese kurze Bewegung nahezu vernichtet sei. Um so mehr hätte ihm das Studium des Geschichtsberichts der „Reinigen Genossenschaften von Lüttich und Umgebung“ überrascht. Vor dem Kriege zählten die dortigen sozialistischen Genossenschaften 25 verschiedenen Art, d. h. umfaßten die Produktionsgenossenschaften, Volkshäuser nur 16 304 Mitglieder; jetzt über 18 000. Die Vereinigung der Genossenschaften, die Anfang 1915 noch jede für sich selbst

arbeiten, ist unter dem zunehmenden Druck der Zeitverhältnisse entstanden.

Ich weiß nicht, ob die Vereinerung die Partei retten wird — schreibt der bürgerliche Korrespondent —, aber ich bin der festen Überzeugung, daß die Genossenschaften in diesem endlosen Krieg, vornehmlich in den ersten Monaten Laufende von auseinandergerissenen und verarmten Familien vor Hunger und Untergang geschützt haben. Dies zu wissen, ist mir allein schon Grund genug, um das große Werk zu bewundern und darüber zu schreiben. Wenn die Zukunft wieder einmal gar zu trübe ausfällt, nehmen die Einrichtungen der Partei (in Belgien ist das Genossenschaftswesen bekanntlich eng mit der sozialistischen Arbeiterpartei verbunden) jede auf ihre Weise die schwere Aufgabe der Versorgung ihrer Mitglieder auf sich. Während der Privathandel sehr schnell mit dem Hinansteigen der Preise bei der Hand war, verlaufen die Sozialisten zu normalen Preisen weiter und achteten streng darauf, daß jede Familie etwas bekam.

Der Korrespondent würdigt ferner sehr hoch, daß die sozialistischen Genossenschaften in jenen Tagen, wo im Bittler Baden das gesamte Erwerbsleben einschließlich des Bergbaus bauseitig gelagert habe, außerdem ihren notleidenden Mitgliedern mit Kreditgewährung aus direkten Vorunterstützungen zu Hilfe gekommen seien. Mit den weiteren Lehren meint er, wie aus dem Bericht hervorgeht, die Auszahlung der Rückvergütung. Auch der Privathandel hätte ein „Dividendenystem“ eingeführt, habe es aber nicht lange aufrechterhalten können.

Als dann, so wird weiter berichtet, Ende 1914 die Vorräte erschöpft und neue fast nicht mehr aufzutreiben waren, sei es zu dem erwähnten Zusammenstoß gekommen, nun mit vereinten Kräften das Äußerste zu tun, was noch zu leisten möglich sei. So sei es z. B. gelungen, von Anfang März bis Ende März 1916 (durch Vermittlung der niederländischen Genossenschaft „Het Volkswaard“ in Raartricht) wöchentlich 40 000 Brote aus Holland zu bekommen. Im April 1916 gelang es, 20 000 Kilo Zucker aus erster Hand zu kaufen und unter die Mitglieder zu verteilen. Der Ankauf einer Sirupfabrik (Kaufpreis 100 000 Fr.) ermöglichte die Eigenfabrikation dieses im Krieg so wichtig gewordenen Massenartikels. Zwar sei die Beforgung der nötigen Früchte und des Zuckers nicht leicht gewesen. Aber viele der Mitglieder hätten sich aufgemacht, um alle erschafflichen, seien es auch kleine Mengen Obst aufzukaufen. So sei es möglich geworden, 600 000 Kilo Sirup herzustellen und um 200 Proz. billiger zu verkaufen, als der Privathandel betrug. Auch Kunsthonig u. a. m. wurde in der Fabrik erzeugt. Um den dafür notwendigen Zucker zusammenzubekommen, standen die Mitglieder und anderen Abnehmer von je zwei ihrer Zufuhrrationen ab. Es gelang auch den Verkäufern (in Belgien darf wie in Holland und anderen Ländern auch an Nichtmitglieder verkauft werden) Seife und Petroleum zu mäßigen Preisen zu besorgen. Dergleichen — eine Zeitlang — Butter. Die wurde, soweit erhältlich, aufgekauft und das Fleisch zu möglichst niedrigem Preise abgegeben.

Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1915: 2 148 697,25 Fr.; 1916: 3 066 755,79 Fr. — Zum Schluß erwähnt der Korrespondent, daß es dem Genossenschaftsverband geglückt sei, für die Ausbreitung seiner Unternehmungen von einem Finanzinstitut ein Darlehen von einer Million Franken zu bekommen. Die Leitung hege die besten Hoffnungen für die Zukunft.

### Verbandsstag österreichischer Konsumvereine.

Am 24. und 25. Juni tagt in Wien der 14. oöbenländische Verbandsstag österreichischer Konsumvereine. Er wird u. a. ein Referat Dr. Karl Renner's über die Kriegs- und Uebergangswirtschaft und die Konsumgenossenschaften, und ein solches vom Geschäftsführer der Großverkaufsgesellschaft Dostal über die soziale Kapitalbildung in den Konsumvereinen entgegennehmen. Ferner wird er die Änderung der Verbandsstatuten zu beraten haben. Die österreichische Großverkaufsgesellschaft der Konsumvereine erzielte 1916 einen Umsatz von 50 Millionen Kronen gegen nur 38 im vorhergehenden Jahre.

### Der Wert der Organisation.

Vor dem Schließungsentscheid in Odenburg II spielte sich dieser Tage eine überaus charakteristische Episode ab. Ein Schlosser wollte den Abfahrtschein haben. Dabei machte ein Arbeitgebersbeihilfer dem Vertreter der in Betracht kommenden Hütte den Vorschlag, dem Beschäftigten für 1 M. Stundenlohn zu geben. Der Vertreter der Hütte lehnte das mit größter Energie ab, noch dazu die Bezahlung nur 95 Pf. beläßen.

Der Vorsitzende sagte dann, die Maurer hätten doch 1 M. Stundenlohn, lernten nur drei Jahre, während die Schlosser sogar vier Jahre lernten. In schärfster Kontrast erwiderte der Vertreter der Hütte:

Das ist gar kein Vergleich, meine Herren. Die Maurer sind organisiert und haben dadurch ihre Tarife mit den Löhnen, unsere Schlosser sind nicht organisiert und können darum auch solche Löhne nicht haben.

Vorsitzender: Organisiert oder nicht organisiert hat doch damit nichts zu tun.

Vertreter der Hütte: Jawohl, wären die Maurer nicht so organisiert, hätten sie auch diese Löhne nicht.

Ein Kommentar ist überflüssig.

## Gerichtszeitung.

Die zurückgeforderte Gehaltszulage. 20 M. Gehaltszulage forderte die Futtermittelverteilungstelle von einem Kontorist R. vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zurück. Die Gehaltszulage hatte ordnungsgemäß ihre Stellung zum 1. April d. J. gekündigt und, nach dem Grunde gefragt, das zu geringe Gehalt, 80 M., als Ursache angegeben. Der Abteilungsleiter erklärte darauf der Kontoristin, es solle dem Unternehmen nicht auf 20 M. ankommen, sie solle schon vom 1. März an 100 M. Gehalt bekommen. Die Klägerin nahm dankend die Zulage an, behielt sich aber wegen des Verbleibens im Hause eine definitive Erklärung nach Rücksprache mit ihrem Vater vor. Am Monatsanfang erhielt sie das erhöhte Gehalt, hat dann aber um ihre Papiere für Rede gestellt, meinte sie, ihr Vater sei doch nicht mit ihrem Verbleiben einverstanden. Das Kaufmannsgericht hielt den Anspruch der Gesellschaft auf Rückzahlung für ungerechtfertigt. Die Gehaltszulage von 20 M. sei vorbehaltlos erteilt, Srl. R. habe sich andererseits die Rücknahme ihrer Kündigung ausdrücklich vorbehalten. Es fehle somit eine rechtliche Handhabe, der Angeklagten die einmal gezahlten 20 M. wieder zu entziehen.

Wandlungen eines Bezugsscheins. Unzulässige Behandlungsweise eines Bezugsscheins für Kleidungsstücke, wie sie bisher wohl noch nicht zur gerichtlichen Beurteilung gelangt ist, führte drei Schwestern, die Arbeiterfrau E. B., die Schlosserfrau P. und die Arbeiterfrau S. B., vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen die Bundesratsverordnung vom 10. Juni 1916 und gemeinschaftliche Urkundenfälschung. Frau E. B. hatte sich einen Bezugsschein über eine Bluse ausstellen lassen, benutzte ihn aber nicht, sondern schenkte ihn ihrer Schwester Frau P., weil diese das Verlangen nach Anschaffung einer Schürze äußerte. Darin lag ein Verstoß gegen die Bundesratsverordnung, die die Übertragung von Bezugsscheinen verbietet. Frau P. rabierte dann das Wort „Bluse“ aus und erledigte es durch „Schürze“. Hierauf kam die dritte der Schwestern, Frau S. B., hinzu und erklärte, daß vor allen Dingen ihr kleiner Junge eine Hose haben müsse. Da dieses Bedürfnis auch bei den anderen Schwestern Anerkennung fand, so wurde nun die „Schürze“ kurzerhand ausgeflickt und darüber geschrieben „Eine Kinderhose für drei Jahre“. Die Angeklagten meinten aber damit nicht etwa eine Kinderhose, die für drei Jahre vorhalten sollte, sondern eine solche für ein Kind von drei Jahren. — Das Gericht schätzte diese teils von mütterlicher, teils von schwesterlicher Liebe veranlaßte doppelte Umänderung des Bezugsscheins mit Gefängnisstrafen von drei, vier und zehn Tagen.

Kohlenwucher. Einer Heberverteilung der ärmeren Bevölkerung beim Verkauf von Kohlen habe sich der Kohlenhändler Albert Hase schuldig gemacht. Er hatte zur Zeit der Kohlennot, als sich die Frauen der ärmeren Klassen um seinen Verkaufsstand drängten, Kohlen zu 1,60 M. für 100 Stck verkauft, während der Richtpreis damals nur 1,25 M. betrug. Einige Käuferinnen behaupteten sogar, daß sie statt 100 Kohlen nur 95 erhalten hätten, was der Angeklagte aber bestritt. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf die eingelegte Berufung bestätigte die 1. Strafkammer des Landgerichts I dieses Urteil.

## Aus aller Welt.

### Zugzusammenstoß auf dem Bahnhof Gertwich.

Aus Brandenburg wird gemeldet: Der Güterzug 6040 fuhr gestern nacht infolge Ueberfahrens des Einfahrsignals auf dem Bahnhof Gertwich auf eine Mangelabteilung, wobei drei Lokomotiven und fünf Wagen entgleisten. Der Lokomotivführer und Feizer des Güterzuges wurden getötet.

Todessturz aus dem Eisenbahnzuge. Am Dienstagmorgen wurde von einem Bahnwärter bei Rude 48 zwischen den Bahngleisen der von Jänkentalde nach Frankfurt a. O. fahrenden Linie der Staatsbahn die schrecklich verstümmelte Leiche eines jungen Mannes gefunden. Wie später aus vorgefundenen Papieren festgestellt wurde, ist der Tote identisch mit einem gewissen Eric Zicoll aus Bobref in Schlesien. Der junge Mann, der einen Schnellzug nach Berlin benutzt hatte, hat vermutlich auf der Plattform eines Eisenbahnwagens gestanden und ist bei einer Kurve vom Wagen gestürzt.

Ein Gewissenhafter. In einem (französischen) Militär Lazarett, in dem ein Schwerverwundeter gestorben war, hatte der aufsichtführende Offizier ein Verzeichnis der hinterlassenen Sachen des Verstorbenen aufzustellen. „Das ist alles?“ fragte er den ihn unterstützenden Sanitätsfeldwebel. „Sie haben nichts vergessen?“ — „Nein, auf dem Nachttisch lag noch ein Schachtel mit Streichhölzern, die hielt ich aber der Aufbeahrung nicht für wert.“ Der Offizier getrie auf die Antwort hin in gewaltige Aufregung. „Wie!“ rief er, „der Mann war Besitzer einer Schachtel Streichhölzer, und das sagen Sie mir so nebenher! Ja, kommt es Ihnen denn gar nicht in den Sinn, daß der Verstorbenen Verwandte hat, und daß diese, wenn sie die Händhölzer im Nachschub nicht finden, an einen Diebstahl glauben können, für den ich natürlich dann verantwortlich gemacht werde?“

Der Lazarettgehilfe war wie aus den Wolken gefallen und beeilte sich die achilles bei Seite gemessene Schachtel zu holen. „Nehmen Sie die Hölzer“, befahl der Offizier.

„Es sind 30 in der Schachtel, Herr Hauptmann.“ Der Offizier machte ein Gesicht, das auf schwere Gedankenarbeit schließen ließ. „Wenn ich die Schachtel den Meidern des Verstorbenen beilege“, sagte er, „kommen die Streichhölzer auf dem Transport durch Stoß oder Erschütterung zur Selbstentzündung kommen und das Paket in Brand sehen. Die Familie könnte mich dann mit Fug und Recht der Fahrlässigkeit beschuldigen.“ Der Fall ist recht verwickelt. Nach viertelstündigen reiflichen Nachdenken hatte er endlich das Problem glücklich gelöst. „Halt, ich hab's!“ rief er. „Die Sache ist ganz einfach. Nehmen Sie ein Messer und schneiden Sie allen Hölzern die Phosphorköpfe ab. Damit ist ja jede Feuergefährlichkeit beseitigt.“

Der Lazarettgehilfe tat, wie ihm geheißen, und klappte die 30 Streichhölzer. Verunruhigt schrieb dann der Offizier in das Verzeichnis: „... und eine Pappschachtel von 0,07 Meter Länge und 0,04 Meter Breite, enthaltend 39, in Worten neununddreißig, Streichhölzer, deren mit Phosphor belegte Enden zur Vermeidung der Feuergefährlichkeit auf meinen Befehl abgefeilt wurden.“

## Eingegangene Druckschriften.

Gewäch- und Obstbau im Haus- und Wirtschaftsgarten. Von Dr. phil. Franz Feil. 60 Pf., geb. 85 Pf. Theob. Thomas Verlag Leipzig.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Gewissensfrage findet ihr Momenten Ende Nr. 3, 1. Teil Nr. 13, postum, am Montag 13. Oktober von 4 bis 7 Uhr, am Sonntag von 1 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Einspruch ist ein Brief und eine Hülle als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erlaubt. Anfragen, denen keine Momentenbeurteilung beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Bitte beachten Sie in der Gewissensfrage vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringen man in die Druckkassette mit.

H. C. W. Mit vollständigem 17. Lebensjahre kann jemand freiwillig ins Heer oder die Marine eintreten. Er bedarf dazu der schriftlichen Einwilligung des Vaters oder Vormunders und einer behördlichen Bescheinigung, daß er durch Heer- oder Marineverpflichtung nicht gebunden ist und sich dabei selbst nicht verpflichtet hat. Er kann sich an den Kommandeur des von ihm gemählten Truppenteils wenden. — H. R. 21. Die Ueberführung des Verleides an das R. M. in der Form halten wir nicht allein für unmöglich, sondern schließlich noch insofern für Sie bedenklich, als etwa eine Verleumdungsanzeige darauf erfolgen könnte. Versuchen Sie es mit einer Verleumdung bei der Staatsanwaltschaft. — H. S. 4000. Wenn Sie nach der Berücksichtigung der in der Angelegenheitsverhandlung unterworfen, haben Sie das Wahlrecht zu den Ausschüssen und sind auch wählbar. — H. R. 13. Das Gehalt ist an das Generalkommando, zu dem der Truppenteil des Betreffenden gehört, zu richten. Eine Bescheinigung des Landrats ist beizufügen. 2. Für Ober- und Unteroffiziere; wir können Ihnen daher keine Bescheinigungsbefugnisse angeben. — Erna 15. Für die Gewerkschaft, von der Sie bisher die Unterstützung beziehen. — R. 17. 1. Die Unterstützung wird vom Tage der Einziehung des Namens gezahlt. 2. 30 Mark monatliche Unterstützung und der sogenannte Zuschlag. Auch die Beihilfe können Sie beantragen. — H. R. 49. Ja. — Grotzer. Wahrscheinlich nicht; ohne weitere Einsicht in die Sache können wir aber eine bestimmte Antwort nicht geben. — C. B. Wilmersdorf. 1. und 2. Ja. 2. Nein. 3. Ja. Soweit wir unterrichtet sind, gibt es in der Nähe Berlins keine Anstellungen mehr für deutsche Kriegsteilnehmer. Der Antrag auf Sozialabfindung ist beim Bezirksstellenbesetzer einzureichen. — Wiesengrund Nr. 13. Ja. — H. S. 333. Ein das Generalkommando, zu dem der Truppenteil des Betroffenen gehört. — H. R. 91. 1. Ja, auf die Dauer von acht Wochen. 2. Die Unterstützung wird nur bei der Geburt eines Kindes und bei Bedürftigkeit gewährt. Das Schreiben ist an die Kriegshilfskommission deutscher Frauen, Präfektur der Frau Kronprinzessin in Potsdam, Neuer Garten, zu richten. 3. Ja. — H. S. 14. 1. Ja. 2. Ja, aber die Gewerkschaft wird auf Ihren Antrag über die Aufnahmestellung eingehen. 3. Nein. 4. Höchstlohn, Regulier- und Rauchsich kann geplündert werden. — H. R. 10. Ja, wenn die Braut die Schuld an der Verlobung trägt.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittig. Deßhalb der Ober zunächst noch trocken und vorwiegend heiter; sehr warm; im Westen vielfach wolke, etwas kühl, streichweise Gewitter.

**Statt besonderer Meldung!**  
Am Sonnabend, den 18. Juni, nachmittags 9½ Uhr, verstarb infolge eines Lungenleidens mein guter, lieber Mann, unser Sohn, Bruder und Schwager  
**Wilhelm Püstow.**  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen und aller Angehörigen  
die tieftrauernde Witwe  
**Erna Püstow geb. Boyer.**  
Berlin-Wilmersdorf, Behmstraße 12.  
Die Beerdigung bei 10 Uhr findet Sonnabend, den 18. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Berlin N., Gieselerstraße, statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Helfer  
**Emil Voß**  
Schönberg, Koburger Str. 10 am 18. Juni gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des 2. hiesigen Friedhofs, Blanke Höhe, aus statt.  
Regie Beteiligung wird erwartet.

**Preussischer Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Seit Ostern II.  
Am 17. Juni starb unser Mitglied, der Fuhrer  
**August Müller.**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Westus-Friedhof in Wilmersberg statt.  
Im Bezirk Charlottenburg nach am 15. Juni der Hilfsarbeiter  
**Karl Hornig.**  
Im Bezirk Süd-Westen nach am 13. Juni der Hilfsarbeiter  
**Franz Loschinski.**  
Ehre ihrem Andenken!  
146/2 Die örtliche Verwaltung.

# Pracht-Modelle!

Entzückende Kostüme      Settagamin (Seidenmäntel)

Pracht-Modelle, Kammgarn, Tock, Seide, Schöpfungen erster Meister 80,- 120,- 200,- 150,-	gewaltig geschliffen, imprägniert, wunderbarste Formen, prachtvolle Farbenstellungen 120,- 140,- 65,- 74,- Seidenmäntel aus gediegenen Stoffen, teils aus Prädamenten 80,- 44,- 83,- 80,- Schwarze Seiden-Settagamin, auch für stärkere Figuren 120,- 130,- 95,- 55,- 45,-
---	---

Feinkörper (Coverlet-Mantel) glatt mit Bappereien  
125,- 105,- 90,- 75,- 65,-  
Kurse, Gatte Tafeljacken, für jeden Rock passend  
75,- 85,- 95,-

<b>Pfidschmäntel</b> Herrliche Phantasie-Modelle, Seide, Schöpfungen, Seidenpflanz, Astrachan 200,- 250,- 300,- 150,- 105,- Kurse einzelne Pfidschjackette 75,-	<b>Polzmäntel</b> Wandervolle neue Modelle, das Schönste auf dem Gebiete, Seid, Elektrik, Fohlen, Blau, Persischer 2000,- 1800,- 1900,- Phantasie-Polzmantel 900,- 800,- 875,-	<b>Ulster</b> Praktische, mollige Qualitäten, Stoffe teils aus Prädamenten 200,- 75,- 85,-
---	--	--

Passaden für stärkere Figuren.      Sonntags geöffnet 9-10 Uhr.      Auswahlsendungen nach außerhalb.

# Westmann

I. Geschäft: Mohrenstr. 7a.      II. Geschäft: Große Frankfurter Str. 115.  
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung

**Nachruf.**  
Am 16. Juni, nachmittags 9½ Uhr, ist unser Verbandsbruder und Kollege  
**Wilhelm Püstow**  
infolge eines Lungenleidens verstorben.  
Ehr. werden ihm ein bescheidenes, ebensoes Andenken bewahren.  
Der Hauptverband des Zentralverbandes der Hilfsarbeiter.

**Nachruf.**  
Den Kollegen jenseit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Otto Hugentobler**  
am 9. Juni an Nierenleiden gestorben ist.  
Den Kollegen jenseit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Wilhelm Schmidt**  
Charlottenburg, Schillerstr. 15 am 18. Juni gestorben ist.  
Den Kollegen jenseit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Johann Valentinitsch**  
Marlannenstr. 21 gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
176/16 Die Ortsverwaltung.

## Mehr Gemüse!

Die Norddeutsche Gemüse-Genossenschaft e. G. m. b. H. Geschäftsstelle: Berlin W. 15, Pariser Str. 18 a, welche mit der Reichshilfe für Gemüse und Obst fortlaufend günstige Lieferungsverträge abschließen, beabsichtigt zur Erweiterung ihrer Gemüseplanungen noch eine beträchtliche Zahl von stillen Teilnehmern mit Beteiligung von  
**hundert Mark**  
bis zwanzigtausend Mark (auch in Raten) anzunehmen.  
Gemüse wird noch auf Jahre hinaus gute Marktpreise finden. Vermehrter Anbau ist durchaus notwendig, aber auch gut rentabel. Auch Frauen können teilnehmen.  
Weitere Auskunft durch obige Geschäftsstelle der Genossenschaft. 28905

**Zentralverband der Asphaltreue.**  
Am 16. Juni ist unser Mitglied und Begründer unseres Verbandes  
**Wilhelm Püstow**  
verstorben.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 292/11  
Die Einbürgerung der Leiche findet Sonnabend, den 23. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Gieselerstraße, statt.  
Um gütliche Beteiligung ersucht die Ortsverwaltung Berlin.

Heute und folgende Tage  
**Ausnahmepreise!**  
Gänsefleisch per Stck. 3.50  
Gänsefleisch per Pf. 2.50  
Gänsefleisch 4.90  
Gänsefleisch 10.00  
**Max Westheimer,**  
292/15 Kreuz Gieselerstr. 12.

Belagnahmezeit  
**Sektkorke bis 25 Pf.**  
1/2, Weinorten bis 3/4, Pf., gebraucht, laust  
**Benecke**  
Zobalden-Str. 137  
(nahe Zettiner Bahnhof)  
von 10 bis 5 Uhr  
Ami Rosen 6976.

Berlin SO. 16,  
**H. & P. Uder,** Engel-Ufer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von  
**G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.**  
Seits kriech zu den äußersten Engrospreisen.  
— Amt Moritzpl. 3014.



# Glück und Glas

Zufriedenheit ist wahres Glück!

Wir garantieren Ihnen Zufriedenheit wenigstens mit den von uns gefahten Brillen und Anseifern. Ob Ihr Kind, ob Ihre Frau Ihr Augenlas beim Spielen zerbrochen haben, oder ob es unter den Omnibus geraten ist, wir fragen Sie nicht danach, sondern reparieren es Ihnen kostenlos. Na, wenn Sie es so eingerichtet haben, daß es nicht mehr taubelos werden kann, so erhalten Sie ein gleichwertiges neues als Ersatz umsonst. Nur zerbrochene Gläser müssen Sie zahlen, sowie Schildpatt, Horn und ähnliche Teile, sonst nichts. Die Garantie läuft bis zu drei Jahren, mindestens jedoch ein Jahr für Fassungen von 4.50 Mk. Dafür erhalten Sie aber bei uns schon einen guten Gold-Double-Anseifer (ohne Gläser).

Gewöhnliche Konkordant-Memories punktuell abbildend 4.—Mk., aus Sanatop-Glas 6.—Mk. Wir müssen preismäßig sein, sonst können wir nicht lange unsere 12 Geschäfte im Aufschwung erhalten. Wir müssen gebiegene Ware liefern, sonst können wir nicht lange unsere Garantie ohne eigenen Schaden halten. Die Augen-Untersuchung ist kostenlos. Für passende Gläser garantieren wir Ihnen besonders. Das bedeutet noch mehr. Selbst wenn Gläser so genau verpaßt sind, daß kein Fachmann etwas daran verbessern könnte; sind „Sie“ vielleicht nicht damit zufrieden, dann reden wir nicht lange, sondern wechseln Ihnen die Gläser so lange kostenlos um, bis Sie wirklich damit zufrieden sind.



Sind's die Augen — Geh' zu Ruhnke!

## Optiker Ruhnke

Neu: **Schöneberg**, Hauptstr. 21, am Kaiser Wilhelm-Platz.

**Wilmersdorf:**  
Berliner Str. 132-3  
a. d. Uferstr. 6  
**Friedenau:**  
Rhein-Str. 18, Ecke Ufer-Str.  
gegenüber der Kaiser-Wald

**C. Am Alexander-Platz**  
neben Kitzinger  
**Spittelmarkt, 66 Post-Str.**  
**SO. Oranien-Str. 44**  
neben Oranien-Platz

**W. Seydiger Str. 114**  
Ecke Mauer-Str.  
**Mit-Str. 1, 4. Postbeam-Str.**  
**Friedrich-Str. 100**  
Ecke Tuchen-Str.

**NW. Friedrich-Str. 150**  
Ecke Dorotheen-Str.  
**N. Chaussee-Str. 72**  
**Jussufden-Str. 104**  
Ecke Brunnen-Str.

**Charlottenburg,**  
**Lanschen-Str. 15**  
Ecke Rosburger Str.  
**Joachimsthaler Str. 2**  
am Bahnhof Zoo.

**Deutsches Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Max Pallenberg  
in **Familie Schmek.**  
**Kammerspiele.**  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Tänzerin**  
(mit Leopoldine Konstantin).  
**Volksbühne. Theat. a. Blüowplatz.**  
Untergrund. Schönhauser Tor.  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Königin der Luft.**  
**Lessing-Theater.**  
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:  
Marie Ottmann u. Hans Waldmann in  
**Niobe.** Oper. v. O. Blumenthal.  
Musik v. Osk. Straus.  
Dir. C. Reinhard — R. Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
8 Uhr: **Schnitzler-Abend.**  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Wie fesselt ich meinen Mann?**  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komtesse.**

## URANIA

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:

### Tirol

einst und jetzt.

### Rose-Theater.

7 1/2 Uhr: **Der Mann seiner Frau.**  
Gartenb.: Berlin wie es lebt u. hat.

## Spolito

EREDUCHSTR. AN DER KOOLINER  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Das vielseitige  
Variété-Programm!**  
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

**Theater für Donnerstag, den 21. Juni.**  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **Nanon**, die Wirtin vom  
Erstauff.: golden. Lamm.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
**Geb. Herrfeld-Theater.**  
7 1/2 U.: **Das Pensionsschwein.**  
**Kleines Theater**  
7 1/2 U.: **Hans im Schnakenloch.**  
**Komische Oper**  
8 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels  
vom Lindenhof.**  
**Neues Operettenhaus**  
Schiffbd. 4a. Kassental. Nord. 281  
7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie.**  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**  
**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Der Leibgardist.**  
**Schiller-Theater O**  
7 1/2 Uhr: **Robert und Bertram.**  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
7 1/2 Uhr: **Der Tartuff. Sganarell.**  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**  
**Theater am Nollendorferpl.**  
8 1/2 Uhr: **Der Vetter.**  
7 1/2 U.: **Die Gulaschkonone.**  
**Theater des Westens**  
7 1/2 U.: **Stolze Thea.**  
**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Der Star.**

## Das kaufende Publikum Groß-Berlins

gestatten wir uns wiederholt darauf  
aufmerksam zu machen, daß die

# Schuhgeschäfte

während der Sommerzeit werk-  
täglich, mit Ausnahme des Sonn-  
abends, von

## früh 9 bis 6 Uhr nachmittags

für den Verkauf geöffnet sind.  
Alle namhaften Firmen haben diese  
verkürzte Verkaufszeit eingeführt.

## Verband Deutscher Schuhwarenhändler E. V.

Sitz Berlin

82/12

Deutsche Volkspende zum Ankauf von Leinwand für Heer  
und Flotte. Ehrenpreis: Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Sonnabend, den 23. Juni, 4 bis 7 Uhr nachm.

patriotische

Feier im Charlottenburger Schloßpark.

Militärkapelle — Kostümband — Großberl. Sängerkreis

Eintrittskarten 1 Mark

## Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: **Zigeuner.**  
Gartenbühne-Vorstellung.

## Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.

Täglich große Extravorstellung.

**Pieper und Sperling**

Großartiges  
Spezialitäten-Programm.  
Anl. Sonntag 4. mochen. 7 1/2 Uhr.

## Berliner Prater-Theater

Rastenaallee 7-9.

Gente:

**Alfa — famos!**

Große Einzahlungs-Operettenposse  
in 3 Akten mit Gesang und Tanz.  
Vorher das große Variétéprogramm.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

## Palast

Tägl. 7 1/2. Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2.

**Triumph der Schönheit**

und das große neue

**Variété-Programm.**

Angenehm kühler Aufenthalt.

## Zirkus A. Schumann

Bahn. Friedrichstr. Anf. 8 U.

Rauchen gestattet.

Kühler Aufenthalt.

Das Zirkus-Variété-Programm.

U. a.:

**Bayerische Alpen-Spiele**

Die 3 Grazien am Draht.

Peppos kom. Dressur-Akt.

**Halali** Parforce-  
Schnitzel-  
Jagd.

## NATIONAL-THEATER.

Röpenicker Str. 68 7 1/2 u. 7 1/2

Zum 182. Male!

Was junge Mädchen träumen

Stürmischer Erfolg!

Es empf. sich, Billette im voraus z. be.

## Admirals-Palast.

### Abrakadabra

großes phantastisches Ballett  
auf dem Eise.

Angenehm kühler Aufenthalt

7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

**Cabaret**

„Feld-  
grau“

Anfang 7 1/2 Uhr.

## Reuters Werke

3 Bände 3 Mark

Buchhandlung Vorwärts

## Radfahrer!

Sie können ohne  
Erlaubnisschein  
Ihr Fahrrad be-  
nutzen mit

„Spirala“  
(Spiralfeder-  
Fahrrad-  
Bereifung)

statt M. 7.75

nur M. 6.50

per Stück.

Händler erhalten Rabatt.

## Standard-Bereifung

nur 11 M. per Stück.

Versand gegen Nachnahme.

Verpackung 50 Pfennig.

Weinmeister-  
straße 14.

**Ernst Machnow,**  
Berlin C.

## Allgemeine

Orts-Frankenkasse

für

**Berlin-Tempelhof.**

277/19

## Berichtigung

zur

Bekanntmachung vom 18. Juni 1917

1. Zu wählen sind nicht von Seiten  
der Arbeitnehmer 3 Vorstandsmit-  
glieder und 6 Ersatzmänner, sondern

4 Vorstandsmitglieder und

8 Ersatzmänner.

2. Die Wahlen finden nicht, wie  
angegeben, am 17. Juli 1917, sondern

am 2. August 1917

in der angegebenen Zeit statt.

Die Wahlberechtigten können wählen  
beim unterzeichneten Vorstand bis  
zum 19. Juli 1917 eingereicht  
werden.

Berlin-Tempelhof, den 30. Juni 1917.

Der Vorstand

der Allgemeinen Orts-Frankenkasse

für Berlin-Tempelhof.

(Geg.) Albert George, I. Vorsitzender.

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann

f. Geschlechtskrankh., Haut-, Hals-,  
Frauenleid., nerv. Schwäche, Bein-  
krankh., Ehrlich-Hata-Kuren  
(Dauer 12 Tage). Behandlung  
schnell, sicher u. schmerzlos  
ob Berufstätigkeit. Dr. Homeyer  
& Co. konz. Labor. I. Blut-  
unters., Päden im Harn usw.  
gegenüber  
Friedrichstr. 81, Panoptikum  
Königstr. 84-86, Ecke Neue  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
— Separates Damenzimmer. —

## Zelluloid- | Film-

**Guttapercha-**

**Hartgummi-**

**Wachswalzen-**

**Schallplatten-**

Abfälle kauft

**Ordover G. m. b. H.,**

Georgenkirchstr. 50,

beim Alexanderplatz, 9-12, 2-5 Uhr.

80/16

## Zigaretten

direkt von der Fabrik

zu Originalpreisen

100 Zig. Kleinverkauf 1,8 Pf. 1.80

100 3 2.30

beide Sorten mit Hohlmundstück

100 Zig. ohne H. Kleinv. 3 Pf. 2.50

100 Golders. 3 2.60

100 Gold 4.2 3.20

100 Gold 6.2 4.50

Versand nur gegen Nachnahme

von 300 Stück an.

## Goldenes Haus Zigarettenfabrik

G. b. m. H.

Berlin NW 7, Friedrichstr. 93,

Fernspr. Zentrum 7437.

und Artilleriestr. 16.

## Bandwurm

mit Spl. echte Spl. u.

Mohlenwürmer befreit jeder

auf natürlichem natürlichen Weise

Spezial-Dr. med. Hasche,

Friedrichstr. 90

82/16

Der einheitliche Bauwille.

Die Kunstdeputation der Stadt Berlin wollte einige Vorschläge haben, wie das eine oder das andere Viertel im alten Berliner Westen umgestaltet werden könnte; sie schrieb zu solchem Zwecke einen Wettbewerb aus. Das Ergebnis ist zurzeit in der Baugewerkschule (Kurfürstenschule) zu sehen: sieben Entwürfe, deren jeder mit einem Preis ausgezeichnet worden ist. Der Vorgang an sich scheint nicht besonders wichtig zu sein; und doch ist er in Wirklichkeit von großer und grundsätzlicher Bedeutung. Darum ist es sehr lobnenswert, die sieben Projekte eingehend zu betrachten; man erlebt das Drama der rettungslos verhauchten Reichshauptstadt und spürt die ersten Regungen eines Willens, solchen Elend ein Ende zu bereiten. Weinige ganz Berlin ist ein Ergebnis der Bauwillkür und des gewissenlosen Spekulantentums. Der lächerliche Individualismus, der sich in der Barbarei der Fassaden breit macht, hat noch größere Verheerungen in den Aufteilungen der einzelnen Grundrisse und deren Nebeneinander, ja in der Anlage ganzer Straßen und Viertel angerichtet. Man braucht nur an die verhältnismäßig junge Anlage des händrischen Viertels zu denken, um das schmachvolle Unvermögen des Berliner Städtebauers drastisch vor sich zu sehen. Bis auf wenige zu zahlende Beispiele mangelt es überall an einem einheitlichen Bauwillen und an der moralischen, aber auch der technischen, hygienischen und ästhetischen Einsicht, daß der Städtebau eine soziale Aufgabe ist, daß nicht Herr Meyer und Herr Schulze zu bauen haben, sondern eigentlich nur Berlin, die gewaltige Gemeinamkeit der Millionen, dies Recht zugeprochen bekommen kann. Der kleinste Schritt, der in solchem Sinne eine Besserung verheißt, ist darum warm zu begrüßen. Der Wettbewerb, der für den alten Westen Vorschläge verheißt, verdient im besonderen Maße Aufmerksamkeit, weil es sich um eine Stadtgegend handelt, in der Wohn- und Geschäftszwecke sich vermischen.

Von den vorliegenden Lösungen ist die des Architekten Alfred Lowitzki besonders typisch. Er wählte sich zur Aufgabe, den Dreiecksbld am Lützowplatz, begrenzt von der Lützowstraße, der Dörnbergstraße und dem Lützowufer, umzugestalten. In diesen Bld sind sieben kleine Höfe eingezwängt, sieben Längslichtleitern, sieben jener beschränkten Schächte, die den anliegenden Wohnungen weder Licht noch Luft vermitteln können. Lowitzki beseitigt diese zufällige Vielheit und legt die sieben Höfe zu einem einzigen großen Raum zusammen; er gewinnt dadurch ein leichtes und luftiges Zentrum, um das er nun die Hauswände herum baut. Eine Selbstverständlichkeit, so schick und redlich, daß man sich nur wundern kann, wie das Gegenteil niemals zustande kommen konnte. Die vorgenommene Operation hat weder mit Kunst noch mit sonst irgend einer hohen Sentimentalität das Geringste zu tun. Sie ist nichts als das Ergebnis einer anständigen Gesinnung und einer klaren Bauvermutung.

Durchaus das Gleiche gilt von allen anderen durch den Wettbewerb angeregten Vorschlägen. Sie alle hätten längst verwirklicht werden sollen, und daß sie heute erst gemacht werden müssen, ohne dabei allzu große Aussicht auf Verwirklichung zu haben, zeigt die ganze Armutlosigkeit des Berliner Städtebildes. — Recht wertvoll sind die Vorschläge von Hermann Janzen. Er wollte den Bld an der Lützowstraße, in dem heute das Elisabeth-Krankenhaus steht an dem lebhaften und lauten Verkehrsweg steht, neu anordnen. Es ist ihm dies vortrefflich gelungen. Auch er verläßt nach dem Grundriss, möglichst große Höfe zu schaffen und um diese die Wohnungen herumzulegen. Dabei gliedern sich ganz natürlich die Straßen in solche, die für den Verkehr bestimmt sind und andere, die nur wenig in Anspruch genommen werden sollen. Es ist beinahe ein Vergnügen, den Plan, nach dem Janzen verfahren möchte, anzuschauen; da ist Klarheit, Ueberlichkeit, Verständnis für die Lebenshaltung der Großstadtmenschen und ein starkes Gefühl für die Wohltat großer Raumlichkeiten. Dabei ist zu betonen, daß alle Vorschläge Janzens den Forderungen der Rentabilität, ohne deren Erfüllung jede Reform unserer kapitalistischen Bauproduktion sinnlose Utopie wäre, vollständig gerecht werden.

Diese beiden Beispiele mögen und können genügen. Es handelt sich immer wieder um das Gleiche: um die Beseitigung wilder Willkür, fogelater Unmoral und hilfloser Ungeschicklichkeit, um ein Ordnen nach den Bedürfnissen halbwegs zivilisierter Menschen, um die Erfüllung der einfachsten architektonischen Befehle und vor allem um die Rücksicht auf den Bauwillen der Gemeinschaft. Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit das Ergebnis dieses Wettbewerbes dazu beitragen wird, daß das Verbrechen in die verrotteten Zustände von gestern und heute hineinführt und auf den Trümmern eines dumpfen Individualismus die Stadt der sozialen Vernunft aufgebaut wird. R. R.

Verfehlte Predigttexte.

Kurz nach der Kriegserklärung des Jahres 1870 wurde von König Wilhelm von Preußen ein Ver- und Buchtig ausgeschrieben. Das ist nicht weiter verwunderlich, vielmehr war es das in solchen Fällen überröhmliche. Verwunderlich war jedoch der dafür aus-

dem „Buch der Bücher“ ausgewählte Predigttext: Jeremia XIV, 7 und 8. Dieser lautete nämlich:

„Ach, Herr, unsere Missetaten haben's ja verdient, aber hilf doch um deines Namens willen. Denn unser Ungehorsam ist groß, damit wir wider dich gesündigt haben.“

Du bist der Trost Israels und sein Retter; warum stellstest du dich, als wärest du ein Gast im Lande, und ein Fremder, der nur über Nacht drinnen bleibt?

Diese ausgegebene „Parole“ erregte vielerorten Verwunderung, doch man sagte sich, bis auf den Rektor und Prediger Gittermann in Gien (Ostfriesland), der Sonntags darauf an dem Orte und an der von einem seiner dortigen Herren Amtsbrüder darüber gehaltenen Predigt öffentlich Kritik übte. Die Strafe dafür blieb nicht aus: Gittermann wurde kurz darauf seines Amtes entsetzt und erst nach ein paar Jahren als Lehrer an der königlichen Navigationschule in Leer wieder angestellt, wo er im Jahre 1892 hochbetagt starb. Gerade der beherzte Gittermann hätte sich aber eigentlich von der (damals in Ostfriesland neuen) preußischen Regierung anderen Dank verdienen, denn er war der Verfasser jener Widumer Proklamation von 1866, für die Bismarck in einem längeren Handschreiben dankte, und die später Heinrich v. Treitschke mit den Worten würdigte: „Die ersten in Deutschland haben die Ostfriesen den engbergigen Partikularismus der Staatenbildung des Wiener Kongresses durchbrochen und mit mutiger Hand das politische Band zerissen, um das nationale, sie an ihr großes deutsches Vaterland knüpfende Band desto enger zu binden, desto unzerreißbarer zu befestigen.“

Von einem andern Predigttexte, der durch seine Verfehltheit berühmt wurde, wird erzählt: Bald nachdem Stanislaus Leszczyński zum König von Polen gewählt worden war, begleitete er seinen Gönner, König Karl XII. von Schweden, im Jahre 1706 bei dessen Einfall in Sachsen, wo der Schwedenkönig seinen Feldprediger über Hebräer XXI, 25 und 26 predigen ließ. Dieser Text enthielt die ominösen, sich gar bald bewahrheitenden Worte:

„Tue weg den Hut und hebe ab die Krone, denn es wird weder der Hut noch die Krone bleiben — und ich will die Krone zu nichts, zu nichts, zu nichts machen, bis der komme, der sie haben soll, dem will ich sie geben.“

In einem dritten derartigen Falle schuf ein harmloser Schreiber oder Lesefehler einem Prediger arge Pein. Zur Feier der Krönung König Friedrich Wilhelms I. von Preußen im Jahre 1713 war als Predigttext die Stelle Daniel II, 20 und 21 vorgelesen, die sich sehr wohl für eine solche Gelegenheit eignet. Ein Geistlicher las aber statt Kapitel II Kapitel 11 und kam dadurch auf folgenden Text:

„Und an jeder Stadt wird einer aufkommen, der wird in königlichen Ehren sitzen wie ein Scherze, aber nach wenig Tagen wird er drehen, doch weder durch Korn noch durch Streit. In dessen Statt wird aufkommen ein Ungeachteter, welchem die Ehre des Königreichs nicht bedacht war; der wird kommen, und wird ihm gelingen, und das Königreich mit süßen Worten einnehmen.“

Der Pfarrer gab sich zwar alle Mühe, den befremdlichen Text in Einklang mit der Festeiter zu bringen, allein sein guter Wille scheiterte schon an den Eingangsworten, und als die Sache dem Könige zu Ohren kam, schickte er den Unglücklichen auf sechs Monate nach Spandau!

Recht sinnig war auch folgender Fall: Durch den Frieden von Preßburg vom 26. Dezember 1806 ist Württemberg ansehnlich vergrößert und zum Königreich erhoben worden. Demgemäß nahm Friedrich II. am 1. Januar 1806 den Königstitel an und ließ in allen Kirchen einen Dankgottesdienst halten, zu dessen Predigt er selbst den Text angab, nämlich Psalm XXI, 7 und 8:

„Du setzt ihn zum Segen ewiglich und ererbstest ihn mit den Freuden deines Anlitzes; denn der König hofft auf den Herrn und wird durch die Güte des Herrn festbleiben.“

Das war ein passender Text für die protestantischen Pastoren; als aber die katholischen Pfarrer ihre Bibel aufschlugen, fanden sie an der angegebenen Stelle zu ihrem Entsetzen etwas ganz anderes, nämlich folgendes:

„Ich bin ein Wurm und kein Mensch, ein Spott der Leute und Berachtung des Volkes; alle, die mich sehen, spotten meiner, sperren das Maul auf und schütteln den Kopf.“

Darüber ließ sich natürlich nicht predigen. Dem König war unbekannt geblieben, daß die katholische und die protestantische Bibel in der Nummerierung der Psalmen sich unterscheiden, so daß der Katholik in Psalm 22 suchen muß, was der Protestant in Psalm 21 hat. Das Versehen wurde schleunigst wieder gut gemacht, aber ganz Württemberg hat lange über das drollige Mißverständnis gelacht. Dr. Joh. Kleinpaul.

Volksbühne: „Die Königin der Luft“.

Direktor Gladel hat Glück in seinen Unternehmungen. Nicht bloß, daß er als frisch zugewandter, dabei doch immer künstlerische Art wählender Spielleiter seinen Mann stellt: — er bestrebt sich,

unter dem Neuen und „Allerneuesten“ das qualitativ Bessere, das zugleich untrügliche Wirkung verheißt, herauszufinden und ihm eine meist unübelge Umrahmung zu geben. Diesmal eröffnete er die sommerliche Spielzeit in der Volksbühne mit einer Gesangsposse, in der, wie ja schon ihr Titel verrät, ein Stück Artistenwelt so etwaig wie romantischer Fauber verbreitet. Max Reimann und Otto Schwarz — wir sind den beiden schon früher an anderer Stelle begegnet — bekunden mit ihrem neuen Stück einen glücklichen Griff und sehr geschickte Autorenhand. So witzvoll-lebendig die Handlung, so gefällig die Musik von Otto Schwarz, der auch am Text seinen Anteil hat. Das fließt alles so ungezwungen melodios und frohlich hervor, daß man kritisches Vorurteil und Griesgrämigkeit gern einmal zum Teufel wünscht. Bei alledem ist doch jede Schablone vermieden. Man stößt weder auf einen der sonst schon stereotypen sentimentalen „Schmachtfetzen“, noch andere Vanaitäten. Einige Längen — ohne sie geht es ja nicht ab — zumal die Rührer-Gavotte sind gut erfunden und äußerst wirksam hintereinander gesteuert. So nach dieser der Wiener Walzer und der Gardas in Budapest. Was hierbei außerdem angenehm auffällt, ist, daß sie nicht von Berufsängern, sondern von Schauspielern vorgeführt werden. Das sind Margarete Christians (Lola, die Luftkönigin) und Eugen Rex (Berliner Eisenreisender), die denn auch beide ein übermäßig glückliches Liebespaar werden. Den Gegenpol bilden Otto Gebär (als Rusiker) und Carola Toebe (Gräze, des Stadtrats Lampe Tochterlein). Den stadträtlichen, etwas unzeitig verliebten Papa, stellt uns Max Gütschloß so provingial als urkomisch vor Augen. Gütlich ist auch das Segtett von Mitglieder des Mädchenvereins „Kozartopf“. Diese jugendkräftige Posse wird zweifellos tolle Häuser machen. — ek.

Eine prähistorische Abfallgrube.

Ueber die Nahrungsmittel, deren man sich in prähistorischer Zeit im Gebiete der Wesermündung bediente, förderte die Untersuchung einer prähistorischen Abfallgrube im Kreise Lehe höchst interessantes Material zutage. Die Abfallgrube war durch die Arbeiten in einer Sandgrube nördlich von dem Dorfe Holjel in einer Tiefe von ungefähr 60 Zentimeter angeschnitten worden. Wie Hr. Pfeife nach Abschluß seiner Untersuchungen in der Zeitschrift „Niederjachsen“ ausführt, fand man in der Grube hauptsächlich Rindmuscheln mit zerbrochenen Schalen, daneben Klatt-, Perz- und Pfeffermuscheln, Gehäuse des Wellhorns und der Strand- Schnecke, Strahlenträger der Flosse einer Schollenart, zwei Wirbel und mehrere Kieferstücke, die vermutlich vom Kabeljau stammen, kleine Beintknochen von Frosch oder Kröte, endlich verschiedenartige Geräde und Gefäßscherben. Auf Grund der in großer Zahl vorgefundenen Kohlenstücke wird angenommen, daß als Brennmaterial Eichenholz verwendet wurde. Wie aus dem bereits Gesagten hervorgeht, diene wahrscheinlich die Rindmuschel als Hauptnahrung, wobei auffallend ist, daß sie heute gerade an der deutschen Nordseeküste — im Gegensatz zu Holland, England und Frankreich — sehr wenig geschätzt wird. Auch die übrigen in der Abfallgrube gefundenen Muscheln sind ehbar, in Deutschland jedoch nicht beliebt, das besonders gähe Wellhorn wird bei uns heute niemals verspeist. Die aufgefundenen Knochenstäbchen scheinen als Eßgeräde, besonders für das Wellhorn, gedient zu haben. Diese Strand- Schnecke hat ein sehr hartes Gehäuse und wird nach älteren Berichten vom Schiffsdolk mit Holzstäbchen oder einer Stodnadell aus der Schale herausgeholt. Damit scheint erwiesen, daß es sich auch bei den in der Abfallgrube gefundenen Stäbchen, die übrigens an der Spitze Spuren von künstlicher Bearbeitung aufweisen, um Eßgeräde handelt.

Die in Holjel gefundenen ehbaren Seetiere sind auch heute noch in der Außenwiese anzutreffen, vor allem die Rindmuschel lassen sich bei Ebbe auf dem trockenen Watt einsammeln. Während in einem eisenschmelzenden Abfallhaufen auf Holjel auch Austern vorkommen, fehlen sie in der Grube von Holjel, was sich daraus erklärt, daß die Austern in Gewässern, wo der Salzgehalt wie in der Außenwiese unter 2,9 Prom. sinkt, unfruchtbar werden. Unter den gefundenen Geräden sind das Bruchstück eines Feuersteinmessers und Abspalte von Feuersteinen zu nennen, außerdem fand man Stücke von Scherben, die an der Außenfläche hart gebrannt waren. Wie Pfeife feststellt, ist vor allem aus der großen Ueberabstimmung dieser Scherben mit den Urnen von dem früher unterirdischen Urnenfriedhof von Rodelstedt zu schließen, daß die Abfallgrube von Holjel aus der jüngeren Bronzezeit stammt.

Notizen.

— Vorträge. Im Monatsklub spricht Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Humbler-Bräu, Lauenburgerstr. 7 I, Dr. Eitlich über „Quellen des Völkerrichts“.

— Die ältesten Brotmarken in Deutschland. Wahrscheinlich sind Brotmarken zum ersten Male in Deutschland in Rürnberg ausgegeben worden, und zwar in den Guldenerjahren 1539/40. Sie wurden damals aus Kupfer geprägt. Während man die Landbevölkerung direkt versorgte, verteilte man in den Städten Brotmarken, gegen deren Abgabe die Bürger bei den Bäckern ihr Mehl erhielten.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Jig.

„Haben Sie gehört, wie mich Crismann anrannte, weil ich die Beschimpfung Ihrer Person nicht kaltblütig einsteckte? Ja, will nicht hoffen, daß auch Sie mir deswegen böse sind; sonst würde ich nämlich einen nächtlichen Geländeritz dieser Veranstaltung bei weitem vorziehen!“ gab er ihr ohne Rücksicht auf die vielen Beobachter seinen Zorn zu erkennen. Er sah, wie der Säred schattenhaft über das vor Stolz und Zufriedenheit glänzende Antlitz huschte, das noch nicht eine schwache Spur von Rumpf und Stimmer aufwies. Der Anblick tat ihm wohl. Aber schnell kam ihr zum Bewußtsein, eine unerhört scharffe Drohung vernommen zu haben, und ihre Zweifel flüchteten gleich wieder hinter das tröstliche Gefühl, die Tochter des ersten Bürgers von Treustadt zu sein, die nicht nötig hatte, vor der Ungunst eines Freiers zu zittern. Das war so die Art der ganzen Sippe, sich zu ver-schanzen, wenn ihnen jemand mißfiel oder zu nahe trat. Während unter den Parteien eben noch die schönste Gleichberechtigung gewährt schien, konnten sie plötzlich zurück-treten in einen schändlichen Kastengeist. Sie wurden dann noch feiner, als sie sich ohnehin gaben, und ihre Mienen ließen wie durch ein Transparent den abgelegten Adel wieder ausleben.

„Reinethwegen brauchten Sie sich doch keine Ungelegenheiten zu machen. Mit dem Gassenvolk soll man sich eben nicht einlassen!“ sagte die Belcidigte von oben herab, indem sie ihren Platz einnahm und, vollkommen gefaßt, das Gespräch mit ihrem Nachbar zur Linken, dem standes-gemäßen Hauptmann von Teuffen begann. Ihre Stimme! O! wenn er sie hörte, mußte Lenggenhager schnell aufblicken, sich erst wieder überzeugen, daß sie wirklich einem Mädchen von dreiundzwanzig Jahren angehörte, so bestimmt verhärtet klang sie, ohne die Schwingungen und hellen Radeuzen kindlicher Fröhlichkeit. Verrschucht, wo er hinsah

und hinschorte! O, wie brannte er darauf, diesen krausen Sinn zu bändigen! Vorerst jedoch nahm er die staunenden, forschenden Blicke seiner Nachbarn und Nachbarinnen mit innerster Befriedigung wahr. „Es ist so, wie Ihr vermutet!“ gab er ihnen wiederum zu verstehen. Er hatte darum keine Zeit, sich über den Tischordner zu ärgern, der ihm einen rechten Wierschrot als Gegenüber zuteilte. Der ausringliche Geselle mußte nichts Gescheiteres zu tun, als Lenggenhager zu seinem „gelungenen Auftritt“ zu beglückwünschen. „Darauf sollte man eigentlich grad einmal Gesundheit machen. Das Fräulein Braut — wenn man so sagen darf — wird wohl nichts dagegen haben. Roten oder weißen?“ rief er betriebsam und trinksüchtig, als fürchte er, nicht genug zu bekommen. Rumpfer konnte die Karte nicht ausgespielt werden, und doch ließ es der Angesprochene ruhig dabei bewenden. Gingen nahm Rens Steiger keine Notiz von der unziemlichen Einladung; sie verzog nur höhnisch den Mund, als der Hauptmann, mit dem sie sich unterhielt, seiner Ueberraschung stumm fragend Ausdruck gab.

Auf dem Plage draußen trieb indessen die im Schneesturm wachsende Sängerkunst die seltsamsten Blüten. Aus tausend Kehlen ertönte zu dem kümmerlichen Anlag die welt-erschütternde Hymne der französischen Revolution:

Allons enfants de la patrie  
Le jour de gloire est arrivé . . .

„Am tausend Gottswillen! Wenn sie nun aber ernst machen und die Lür aufsprennen?“ hörte man da und dort ängstlich flüsternde Stimmen, und fürchtame Blicke forschten in den Mienen der Kavaliere, ob die zur Schau getragene Gelassenheit nicht etwa nur eine angenommene Maske sei. Ein Teil der Herren hatte ohne Dame erscheinen müssen. Jetzt mochte sich manche der Anwesenden an die Stelle der Fahnen-träger wünschen. Die echte Festfreude war nun doch einmal dahin. Einige sprachen es offen aus: Man hätte die dumme Musik sang- und klanglos heimtschicken und den Ball auf später verschoben sollen. In ihren Zügen malte sich, wenn vor den Toren der Lärm wieder anhub, jedesmal ein

Entsetzen, das nur der lebhaften Vorstellung furchtbarer Greuelthaten entspringen konnte. Sie sahen sich schon an den Haaren die Treppe hinuntergeschleift, von rohen Häufen gepackt, zu Boden geworfen, und wenn sie in Gedanken den Widerstand so weit getrieben hatten, daß ihnen bereits das Messer an der Kehle saß, ergaben sie sich schauernd den brutalen Gefellen. Der prächtig geschmückte, lichtdurchflutete Saal, der Anblick der blumenreichen Tafel konnte diese Phantasien nur vorübergehend verdrängen.

Auf der kleinen Bühne hatte sich das Orchester bereits häuslich eingerichtet, und die Musikanten, weit entfernt von Besorgnissen, stimmten ihre Instrumente und strahlten vor Vergnügen über den eigenartigen Empfang durch die Treustädter Bürgerschaft. Ihr Eintritt ins Junsthau war vor-sichtshalber durch eine Hintertür erfolgt. Nun spielten sie die Ouvertüre zu „Wilhelm Tell“; aber von draußen, wo die Menge ein Vaterlandslied zu Schanden machte, wurde jeglicher Genuß vereitelt. Man war allerseits froh, als das nicht endenwollende Finale, dessen Tongewalt und hinreißende Schönheit in dem Stimmenlärm nicht gewirkt werden konnte, endlich ausklang. Denn an den Tumultanten schien die Nacht der Töne keine orphischen Wunder zu wirken. Auch die aufmunternde Begrüßungsrede des Präsidenten vernahmte die Stimmung der Gäste nicht über eine künstliche Fröhlichkeit zu erheben, die besonders bei den Damen nur stoßweise zum Vorschein kam. Keiner war, der nicht zuweilen einen unbehaglichen Blick nach den Fenstern geworfen hätte. Sie fühlten sich ungefähr wie auf einem brennenden Schiff, dessen Kapitän die Passagiere in scheinbarer Sorglosigkeit zu beruhigen sucht, während die Matrosen mit bleichen Gesichtern hin und herfliegen. Diefem unheimlichen Zustand wollte der Korpskommandant ein Ende machen. Sowie er sich erhob, löste sich die Furcht der Damen in Neugier auf und der Zorn der Offiziere verwandelte sich in geistige Spannung; denn sie merkten wohl, daß der sonst gar nicht rebelle Mann diesmal ein kräftiges Wortlein zur Sache sprechen werde. (Fortf. folgt.)

